Nr. 51 * IX. Jahrgang. Köln, 18. Dezember 1908.

Der Deutsche Holzarbeiter.

Erscheint jeden Freitag. – Redaktionsschluß Dienstag Mittag. – Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von Mk. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Redaktion und Expedition: Cöln am Rhein, Palmstraße 14. – Fernsprecher Nr. 7605. – Inserate kosten die viergespaltene Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte.

Vertrauensmänner! Sorgt dafür, daß am Jahresschluß **auch nicht ein Mitglied** des Verbandes mit seinen Beiträgen im Rückstande ist. An Euch liegt es, daß die Abrechnung rechtzeitig erfolgen kann. Erleichtert dem örtlichen Kassierer die Arbeit und erspart den von Euch bedienten Mitgliedern Scherereien. Erinnert fortwährend an die Wichtigkeit einer pünktlichen Beitragsleistung.

Wintergedanken.

II.

Weit wichtiger sind die Schwierigkeiten der Tarifnationalisierung, welche nicht in den im Laufe der Zeit durch Menschenenergie zu ändernden sozialen und organisatorischen Verhältnissen liegen, sondern in der Gewerbeeigenart. Zwar kann auch sie der Menschengeist und -wille zum großen Teil überwinden durch die Technik — eine vollständige Uniformierung, sodaß örtliche und einzelne Abweichungen verschwinden, ist jedoch undenkbar. Nun muß man sich aber auch darüber klar sein und zwar illusionslos klar, was man überhaupt vom Generaltarif fordert. Wenn man eine absolute und abweichungslose Vereinheitlichung aller Einzelheiten des Arbeitsvertrags erhofft, so wird man nie befriedigt sein. Hält man aber einfach und nüchtern, d. h. unter Zurückstellung manchen Lieblingswunsches, fest, was der Hauptzweck des Abkommens und der Nationalisierung desselben sein soll, nämlich die Gleichgestaltung der hauptsächlichsten Anforderungen an den Arbeiter und ihm dafür zu bietenden Gegenleistungen, sowie der daraus resultierenden Konkurrenzregelung, so findet man leicht die Punkte, wo vereinheitlicht werden kann. Auf die übrigen hat man dann einfach zu verzichten resp. man hat es der lokalen Einzelvereinbarung anheimzugeben, wie sie nach den beiderseitigen Wünschen gestaltet werden sollen. Somit wird im Vordergrund dessen, was national geregelt werden soll, der Lohn, die Arbeitszeit, die Ueberarbeit stehen, eventuell auch besondere Anforderungen an die Leistung, Leistungsklauseln, dann Normen bez. die Akkordregelung usw. Dazu kann die Regelung der Arbeitsvermittlung treten, sie muß dann betrachtet werden als eines der Hilfsmittel zur Tarifdurchführung und Konkurrenzregelung, ähnlich wie diesem Zweck Organe der Tarifverwaltung, Schiedsgerichte usw. dienen.

Selbstverständlich muß nun die Normierung der zur Verallgemeinerung geeigneten Tarifpunkte richtig verstanden werden, d. h. die Gleichheit darf keine äußere sein, wie z. B. dann, wenn überall und unter allen Umständen dieselbe Lohnsumme bezahlt würde, sie muß vielmehr eben darauf beruhen, daß unter Berücksichtigung lokaler Verschiedenheiten verschiedene Lohnsätze festgesetzt werden, deren Einheitlichkeit darin besteht, daß sie alle unter Beachtung der verschiedenen Ausgaben für die Lebenshaltung der Arbeiter und die verschiedenen Einnahmen Erleichterungen der Unternehmer, für den Arbeiter dieselbe Entschädigung seiner Leistung und für den Arbeitgeber denselben Aufwand für die menschliche Arbeit bedeuten. Die Einheit besteht also inbezug auf die interlokale Lohnregelung gerade in der Verschiedenheit, aber nicht einer blindzufälligen, sondern einer rationellen.

Aehnlich, wenngleich komplizierter, liegt es bei der Ordnung der Arbeitszeit im Generaltarif. Hier ist es fraglich, ob überhaupt örtliche Abweichungen berücksichtigt werden sollen oder ob das nicht dem Tarifzweck hinderlich werden kann. Im Grunde genommen ist dies ein Problem, das nicht allgemein und nur bei genauen Kenntnissen der Gewerbeeinrichtungen gelöst werden kann. Daß die Großstadt kürzer arbeitet und daß dies im Hinblick auf die weiten von den Arbeitern zurückzulegenden Wege gerechtfertigt wird, ist ja ganz schön, hat aber wenig mit einer möglichsten Gleichgestaltung der Produktionsbedingungen für alle Betriebe zu tun. Wird nicht so der Provinzarbeitgeber seinen Großstadtkollegen überflügeln können? Dies wäre stark zu befürchten, wenn die Kleinstadt dieselbe Produktionsleichtigkeit in jeder Hinsicht hätte, was aber nicht der Fall ist, weder inbezug auf den Rohmaterialbezug noch hinsichtlich der Verkaufsmöglichkeit. Dazu wird wohl gerade in der Holzindustrie noch kommen, daß die Provinzbetriebe mehr handwerklichen Charakters sind als diejenige der größeren Gewerbeorte, sie sind also an sich im Wettbewerb zurückgedrängt und es kann gerecht erscheinen, wenn man ihnen, die sie hauptsächlich auf Menschenarbeit angewiesen sind, eine längere Arbeitszeit bewilligt.

Im Zusammenhang hiermit taucht uns das sicher interessante Problem auf, ob nicht im Laufe der Zeit der Generaltarif für das Holzgewerbe überhaupt die Abweichungen zwischen Industrie und Handwerk berücksichtigen könnte, z. B. gerade auch bezüglich der Arbeitszeit und deren noch vielgestaltigerer Regelung. Die Handwerker müßten dann allerdings ihren industriellen Kollegen sowie den von ihnen mehr in Anspruch genommenen Gesellen gegenüber Mittel und Wege besonderer Erkenntlichkeit finden, d. h. der Vertrag müßte mit ihrer Sonderberücksichtigung irgendwie ihre spezielle Verpflichtung zu verbinden wissen. In Fachfragen mischen wir uns nicht, nur möchten wir anregend bemerken, daß hier noch viel am Tarif ausgebaut werden kann, bis er wirklich allen zu beachtenden Verhältnissen Rechnung tragen und so seinen Zweck ganz erfüllen kann.

Die paritätischen Arbeitsnachweise.

Ueber den Wert der paritätischen Regelung der Arbeitsvermittlung wollen wir hier kein Wort mehr verlieren. Es steht wohl jenseits jeden Zweifels, daß sie so lange die einzig zuträgliche ist, als es ein Privatkapital und Lohnarbeit gibt und beide Parteien ihren Einfluß mit Energie behaupten. Staat und Kommune haben sich zwar auch des Arbeitsnachweiswesens angenommen, veranlaßt durch das Unzureichende der einseitigen Vermittlungsanstalten und ergriffen von den schweren Schäden für Industrie resp. Handwerk sowie Arbeiterschaft, welche aus einer völligen Ordnungslosigkeit auf dem Arbeitsmarkte entstanden sind. Dabei hat sich aber fast durchweg herausgestellt, daß diese städtischen Anstalten — denn der Staat ist aus dem Vorstadium des Schaffens, der Anregung, noch nicht herausgekommen — ziemlich erfolglos geblieben, solange sie rein bureaukratisch geleitet waren. Man ging daher seitens der Verwaltungen häufig dazu über, den in Betracht kommenden Parteien einen gewissen Einfluß auf die amtlichen Nachweise einzuräumen, so z. B., indem man paritätische Kuratorien erwählen ließ oder aus den Gewerbegerichtsbeisitzern ernannte. Dies hob die Vermittlung zwar, die Facharbeiter und Arbeitgeber, welche qualifiziertere Leistungen verlangten, gaben teilweise ihr Mißtrauen gegen den öffentlichen Nachweis auf, von einer, den ganzen oder nur hauptsächlichen Arbeitsmarkt eines Orts umfassenden städtischen Vermittlungstätigkeit darf aber nicht geträumt werden.

Die bestorganisierten Gewerbe, Gewerbe mit paritätischen Traditionen, vor allem graphische Branchen, nahmen daher die paritätische Arbeitsvermittlung selbständig in Angriff. Sie haben es getan, einmal um der Regellosigkeit auf dem Arbeitsmarkt und damit der Störung der korrekten Stellenbesetzung zu steuern, dann aber auch in der Erkenntnis, daß kaum eine wichtigere Hilfsinstanz für die Tariferhaltung vorhanden ist, als der Arbeitsnachweis. Allerdings setzt dies voraus, daß der von den Tarifparteien eingerichtete Nachweis sich strikte auf den Vertragsboden stellt, also nur tariftreue Arbeiter in vertragsgebundene Betriebe vermittelt.

Ein solcher Nachweis nun schwebt den Parteien in der Holzindustrie vor, wenngleich auch das vorgelegene Regulativ durch die nicht erfolgte beiderseitige Zustimmung verworfen wurde. In die Einzelheiten des Kampfes, der der Ablehnung des Regulativs vorausging, mischen wir uns nicht ein, wir wollen nur einfach das vorgelegene Regulativ als soziale Einzelerscheinung würdigen.

Die wichtige Unentgeltlichkeit ist wie meist bei solchen Instituten natürlich auch hier gewahrt, auch ist wie anderweitig die Kostendeckung eine gemeinsame und paritätische. Dabei ist in Rücksichtnahme auf das Selbständigkeitsbedürfnis festgesetzt, daß jede Partei ihren Vermittler nicht nur besonders wähle, sondern auch aus eigenen Mitteln und nach eigenem Ermessen bezahle. Dadurch ist vermieden, daß sich z. B. der Arbeitsvermittler aus der Arbeiterpartei innerlich von seinen Wählern ablöse in dem Gefühl, nicht von ihnen, sondern von der Gesamtheit besoldet zu werden. Er wird also Interessenvertreter und Gewerkschaftsabhänger bleiben. Das erscheint zweckmäßig, wenn die Organisation objektive und sittlich hochstehende Personen in dies Vertrauensamt setzt, denn es darf nie vergessen werden, daß der Vermittler, auch wenn seine Standesgenossen seinen Lebensunterhalt bestreiten, doch immerhin seinem Amte nach ein Vertrauensmann beider Parteien sein muß. Vergißt ein Uebereifriger dies, so stört er damit unstreitig den Frieden und die Erfolge des Unternehmens.

Daß von den Vermittlern gleichzuvorkommende Behandlung von Arbeitern und Arbeitgebern verlangt wird, versteht sich, ebenso, daß die Vermittlung unparteiisch sein muß. Dazu ist vorgesehen, daß die Vermittlung sich nicht auf Organisierte beschränken soll und daß Unorganisierte, ob Arbeiter oder Unternehmer, ebenso rücksichtsvoll bedient werden müssen, wie Vereinsmitglieder. Daß die Parteien dadurch zugunsten derjenigen, die nicht zu den Kosten der Institute beitragen, Geld und Arbeitskraft opfern, ist sehr human, vielleicht zu human sogar. Wie wäre es da, wenn man von Unorganisierten eine Vermittlungsgebühr verlangte?

In der Forderung, daß beim Fehlen geeigneter Arbeitskräfte der Nachweis solche von anderweitig heranziehen soll, haben wir einen Ansatz zur Zentralisierung der Arbeitsvermittlung zum interlokalen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkte, der so wünschenswert wäre. Der Fall des Versagens ist allerdings vorgesehen. Wir haben eben noch viel zu wenig Ueberblick über den Arbeitsmarkt und zu wenig Fühlung mit anderen Gewerbeorten. Anstatt des Telephons arbeitet das Zeitungsinserat und dies ist eine sehr schleppende Methode. Gelingt es nun innerhalb einer Woche nicht, dem Arbeitgeber geeignete Kräfte durch den Nachweis zuzuführen so darf er sich selbständig darum bemühen.

Wie dies bei einem Nachweis zu erwarten ist, der aus den Reihen der Fachleute hervorgehen soll, ist auch der Branchendifferenzierung Rechnung getragen und auch dem individuellen Zustimmungs- und Ablehnungsrecht. Erst wer sich dreimal grundlos weigert, eine Stelle anzunehmen, rückt an den letzten Platz der Liste der Eingezeichneten. Bei den meisten übrigen Nachweisen geschieht dies schon nach der ersten Weigerung.

Im Regulativ ist auch die Stellungnahme zu eventuellen Konflikten festgelegt, was beachtenswert erscheint, als bekanntlich behördliche Nachweise dasselbe Problem noch nicht gelöst haben. Es ist für sie allerdings auch insofern schwerer, als die Behörden, selbst wenn es sich um Tarifbrüche handelt, heutzutage eben noch nicht den Mut und die Einsicht haben sich klar auf die Seite des Vertrags zu stellen. Ein tariflicher Nachweis darf nicht nur, sondern er muß dies geradezu. Wenn er vermeidet, sich auf die Seite einer Partei zu stellen, so hat er seine Pflicht vollauf getan. Da aber der Tarifvertrag und dessen Erhaltung sowie Fortbildung an sich eine so gemeinnützige Sache ist, wäre doch zu wünschen, daß auch unsere Behörden lernen würden, Parteilichkeit und Vertragsförderung sowie Bestrafung von Tarifbrüchen weise zu unterscheiden. Sozialethische und juristische Umwälzungen werden allerdings dieser Revision der bureaukratisch erstarrten Verwaltungsprinzipien vorausgehen müssen. (Schluß folgt.)

Eine Erwiderung.

In Nr. 47 unseres Organs berichtete ich unter der Ueberschrift „Wladislaus Mrozkowski von der Firma Hirsch-Dunker“ über die Wirksamkeit des Herrn Mrozkowski, Agitationsleiters des Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereins der Tischler. Meine Mitteilungen haben Mrozkowski schwer in Harnisch gebracht und schnell setzt er sich hin und haut kreuz und quer in der „Eiche“ darein, ohne auch nur mit einem Wort auf die Hauptsache meines Berichtes, auf seine Gründung eines Verbandes zum Schutze der Arbeitgeber in Danzig einzugehen. Ein Tausendkerl dieser Wladislaus. Doch halt, den Vornamen dürfen wir ja nicht mehr nennen; darüber könnte der arme Kerl neue Schreikämpfe bekommen.

Es erübrigte sich eigentlich, auf das Elaborat in Nr. 49 der „Eiche“ zu antworten, wenn ich nicht die Gewißheit hätte, daß alsdann Mrozkowski in demagogischer Weise in den Versammlungen sagen würde, ich habe nicht geantwortet, weil seine Ausführungen mich „plattgeschlagen“ hätten. Wie man Mrozkowski einschätzt, beweist eine öffentliche Wählerversammlung in Danzig, in der der ergraute Stadtverordnete Schmidt ihn aufforderte, schleunigst den Saal zu verlassen, da er nicht mit ihm dieselbe Luft genießen könne.

Nun das Elaborat des Herrn Wladislaus, pardon Mrozkowski: Er regt sich nicht wenig darüber auf, daß ich, wie er sagt, auf seinen „polnischen Vornamen“ hinweise. Dieses zeige, was ich von der „polnischen Bevölkerung“ der Provinzen Westpreußen und Posen“ halte. Wenn ich den Namen „Wladislaus“ nenne, so geschieht es deswegen, weil man in Danzig bei Nennung dieses Namens gleich weiß, wer dahintersteckt. Erstaunt bin ich aber, daß Herr M. heute das polnische seines Namens in den Vordergrund stellt. Will er vielleicht in den nächsten Tagen auf den Mitgliederfang in die Provinz Posen ziehen? Vor einigen Wochen, als Herr M. als Durchfallskandidat bei den Stadtverordnetenwahlen fungierte, sträubte er sich in öffentlicher Versammlung mächtig dagegen, daß sein Name mit dem polnischen in Berührung gebracht würde und bezeichnete er sich als „echt deutschen Mann.“ Also bald so, bald so. Unsere polnischen Kollegen werden Herrn M. schon auf die Finger klopfen. Nicht wir treiben mit polnischen Namen Schindluder, sondern Herr M. selbst. —

Wenn Herr Mrozkowski mich dann einen Lügenpeter nennt, so läßt mich das vollständig kalt. So ein Mann kann mich nicht beleidigen. Feststellen will ich aber gleich, daß Herr M. im selben Augenblick in der „Eiche“ eine grobe Lüge vom Stapel läßt. Er sagt dort, er habe mich deshalb aus der Versammlung gewiesen, weil ich mich bei einer Czerskier Firma über den Terrorismus eines seiner Gläubigen gegenüber einem unserer Kollegen beschwert habe. Herr Mrozkowski! Warum sagten sie denn in der Versammlung das nicht, sondern sagten dort, sie wollten mich wegen einer Danziger Versammlung vor den Kadi zerren. Entweder lügen sie jetzt in der „Eiche,“ oder sie haben in der Versammlung gelogen! Wenn Herr Mrozkowski den fraglichen Brief, der nebenbei erwähnt, nur Tatsachen enthält, zu veröffentlichen in der Lage ist, so beweist uns das nur treffend, daß Herr M. bei den Arbeitgebern „Hans Dampf in allen Gassen“ ist. Wir sind nicht neidisch auf dieses „vertrauliche Verhältnis“. Wir haben Herrn M. ja schon in der Nr. 47 den Rat gegeben, es in Czersk mal mit den Arbeitgebern zu versuchen. — Herr M. weist dann noch darauf hin, was der H. D. Gewerkverein in Czersk schon alles geschaffen hat. Er vergißt nur zu bemerken, daß unser Verband ehrlich mitgearbeitet hat, den angezogenen Tarif zu schaffen; daß weiter im März (7. März 1905) als den Arbeitern die Lohnzulage nicht gezahlt worden, unsere Kollegen Klein und Klemz bei der Firma vorstellig wurden und erreichten, daß zunächst einer Anzahl von Kollegen die Lohnerhöhung gezahlt sodann die noch Ausgesperrten wieder eingestellt wurden. Der Vorsitzende der H. D. weigerte sich, mit zur Firma zu gehen und die Interessen seiner Kollegen wahrzunehmen. So verhält sich die Sache. Dank der glorreichen Taktik der Führer ging die H. D. Ortsgruppe in Czersk dann auch pleite. Mag Herr Mrozkowski doch in Nr. 12 unsers Organs vom Jahre 1905 etwas besser studieren, dann wird er mehr über die Ursachen des Mitgliederschwundes seines Gewerkvereins in Czersk erfahren. Im übrigen berichtet Mrozkowski von einer H. D. Versammlung in Danzig, in der ich mich wegen Aeußerungen in Bromberg über die H. D. Gewerkvereine habe rechtfertigen wollen, dieses sei mir aber nicht geglückt. Mein lieber Wladislaus, Sie haben sich da mal wieder ordentlich von ihren Freunden etwas vorflunkern lassen; selbst sind Sie nämlich nicht in der Danziger Versammlung gewesen. Hat man ihnen nicht gesagt, daß, als ich den Beweis antreten wollte, mir das Wort entzogen wurde? So flunkern die „braven“ Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler sich selbst etwas vor.

Nun frage ich nochmals Herrn W. Mrozkowski, wie er sich zu seiner, in der Nr. 47 geschilderten Tätigkeit im Dienste des Herrn Arbeitgebers Böttner in Danzig stellt? Will er den Vorwurf, der nebenbei bemerkt, in einer Danziger Zeitung auch gegen ihn erhoben ist, er habe eine „Gelbe Gewerkschaft“ gegründet, auf sich sitzen lassen? — Herr Wladislaus Mrozkowski ist bereits unter der denkenden Arbeiterschaft gerichtet.

Hiermit wollen wir vorläufig die Akten über Herrn M. schließen. Möge er sich erst von dem Vorwurf der Tätigkeit im Dienste des Herrn Arbeitgebers Böttner befreien.

P. Scherpohl.

Die Frauenarbeit in Krisenzeiten.

Wie die Frauen nach den bisherigen statistischen Feststellungen allgemein weniger unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, als die Männer, so tritt bei den Frauen die Arbeitslosigkeit auch in Krisenzeiten weniger hervor, ja häufig wird sogar die Beobachtung gemacht, daß in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten die Männerarbeit von der Frauenarbeit verdrängt wird. Diese Verdrängung der Männerarbeit durch die Frauenarbeit können wir auch jetzt wieder recht häufig beobachten, sie macht sich so gut wie in allen Geschäftszweigen und Erwerbsarten bemerkbar. Je nach dem Umfang der Krisis und der allgemeinen Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse und je nach der Art der Arbeit macht sich die Verdrängung der Männerarbeit durch die Frauenarbeit in den einzelnen Berufen mehr oder weniger stark geltend. Teilweise ist die Zunahme der Frauenarbeit gegenüber der Männerarbeit nur eine relative, bei Entlassung von Arbeitskräften sind die Frauen weniger beteiligt, sehr oft ist aber die Zunahme auch eine absolute, an Stelle von männlichen Arbeitskräften werden weibliche eingestellt.

Die ungünstige Stellung der Männer gegenüber den Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist bereits seit der Mitte des vergangenen Jahres zu beobachten, sie ist demnach nicht nur eine Folgeerscheinung, sondern auch eine Parallelerscheinung der jetzigen ungünstigen Konjunktur. Die Verdrängung der Männerarbeit durch die Frauenarbeit wird sowohl durch die Statistik der Krankenkassen als auch durch die Feststellungen der Arbeitsnachweise und durch andere Beweismittel nachgewiesen. Vielfach nimmt die Frauenarbeit in ungünstigen Zeiten zu, weil sie billiger ist als Männerarbeit, es sprechen aber auch noch andere Ursachen mit. Eine der Hauptursachen der Zunahme der Frauenarbeit ist die, daß in Krisenzeiten viele Frauen eine Beschäftigung suchen müssen, weil die Ehemänner von längerer Arbeitslosigkeit betroffen werden sind, es sind denn in solchen ungünstigen Zeiten viele Frauen als Arbeiterinnen usw. tätig, die sonst keiner Lohnarbeit nachgehen. Neben der Fabrikarbeit der Frauen vermehrt sich auch die Heimarbeit der Frauen in den jetzigen Zeiten sehr stark. Dieser starke Zustrom von Frauen auf dem Arbeitsmarkt macht sich aber auch in mannigfaltigen Verschiebungen geltend. An Stelle von Männern treten nicht nur vielfach Frauen, sondern auch bei den Frauen selbst zeigen sich mannigfaltige Umänderungen. Manche Arbeiterinnen die jetzt die Stelle von Männern einnehmen, haben damit auch einen höheren Verdienst erhalten, wenn dieser Verdienst auch nicht so hoch ist, wie bei der Männerarbeit, bei vielen Frauen aber, namentlich bei solchen Frauen, die nur in der schlechtentlohnten Heimarbeit beschäftigt werden, macht sich infolge des größeren Angebotes von Arbeiterinnen sogar noch eine Senkung des Verdienstes bemerkbar. Für die Heimarbeiterinnen kommt außerdem noch in Betracht, daß die Frauen und Töchter von Beamten und Angestellten im Winter viel häufiger als Heimarbeiterinnen tätig sind, wie in anderen Jahreszeiten. Eine Folge des größeren Zusturms von verheirateten weiblichen Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt ist auch, daß viele weibliche Arbeitskräfte sich wieder Berufen zuwenden, die sie lange Zeit gemieden haben. Darauf ist es zurückzuführen, wenn der Dienstbotenmangel in den letzten Monaten, wie aus verschiedenen Bezirken gemeldet wird, wesentlich zurückgegangen ist. — Daß die erhöhte Beschäftigung der Frauen im gewerblichen Leben, zumal in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges etwas erfreuliches ist, wird wohl niemand behaupten können. Doch ist nun einmal mit dieser Tatsache zu rechnen, und sind die schlimmsten Folgen der Frauenarbeit, am besten durch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu verhüten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 51. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. Dez. 1908 fällig ist.

Die Zahlstellen Louisenthal und St. Johann erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg.

Das Münchner Sekretariat unseres Verbandes befindet sich ab 1. Januar 1909 München, Fürstenfelderstraße 4.

Dortselbst ist auch der Arbeitsnachweis, die Kontrolle der arbeitslosen und kranken Mitglieder, sowie die Auszahlung sämtlicher Verbandsunterstützungen.

Die gleiche Adresse gilt auch für das Sekretariat des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands, sowie für die Sekretariate der Hilfs-, Transport-, Staats- und Gemeinde-Arbeiter, Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, Metallarbeiter, Keram- und Steinarbeiter. Am 1. April kommt auch auch das neu zu errichtende Sekretariat der Berg- und Salinenarbeiter hinzu.

Der diesswöchentlichen Zeitungssendung liegt das Adressenverzeichnis für reisende Mitglieder bei.

Das Ausstellen von neuen Mitgliedsbüchern an Stelle verlorener, durch Beschädigung oder durch Vollkleben unbrauchbar gewordener, wird in Zukunft nicht mehr von den Ortsverwaltungen, sondern von der Geschäftsstelle in Cöln besorgt. Mithin sind alle Mitgliedsbücher, deren Markenfelder mit Jahresschluß vollgeklebt sind, zu diesem Zeitpunkte einzusammeln und nach Cöln zu senden. Hier werden die neuen Bücher ausgestellt und den Zahlstellen sofort zugeschickt. Ortsverwaltungen, Vertrauensleute und Mitglieder mögen also dafür Sorge tragen, daß am Jahresschlusse die betreffenden Mitgliedsbücher keine rückständigen Beiträge mehr aufweisen, damit die Bücher sofort eingesammelt und gemeinsam nach Cöln geschickt werden können. — Ebenso sind die Bücher der Kollegen, die von anderen Verbänden übertreten einzusenden.

Neue Beitragsmarken. Mit dem 1. Januar 1909 gelangen für die männlichen Mitglieder neue Beitragsmarken zur Verwendung. Von den jetzigen 50 Pfennigs-Beitragsmarken dürfen also über den 31. Dezember hinaus keine mehr verwendet werden. — Da die alten Marken sofort nach Quartalsschluß von der Geschäftsstelle eingezogen werden, sind die Mitglieder gebeten, für eine pünktliche Entrichtung der Beiträge Sorge zu tragen.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Ohne, daß im Organ vor Zuzug gewarnt wird, sollte jeder Kollege, der seine Arbeitsstelle wechselt, bei der zuständigen Ortsverwaltung Erkundigungen über die Firmen einholen, die Arbeiter verlangen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bedingt, daß nicht in jedem einzelnen Falle die Sperrung der Betriebe durch das Organ erfolgen kann; abgesehen davon, daß auch sonst aus taktischen Gründen die Veröffentlichung der Sperre nicht immer zweckmäßig ist. — Wer vor Schaden bei Arbeitswechsel geschützt sein will, ziehe deshalb die Ortsverwaltung zu Rate.

Große Aussperrung in der Mannheimer Metallindustrie in Sicht. Gerade vor Weihnachten, dem Feste des Friedens, da erklärt der Metallindustriellenverband den Arbeitern von Mannheim, Ludwigshafen und Frankenthal den Krieg, angeblich, weil die Arbeiter der Strebelwerke sich erdreistet haben, ganz enorm hohe Lohnerhöhungen zu verhindern und deshalb seit dem 15. Oktober im Streik stehen. Ob es taktisch klug war von den Arbeitern der Strebelwerke, unter den obwaltenden Verhältnissen und in dem gegebenen Moment in den Streik zu treten, soll hier dahingestellt bleiben. Im allgemeinen tritt man in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften die Ansicht, die das „N. Mannh. Volksblatt“ von aller Anfang an vertreten hat, indem es schrieb:

„Der Grund zu der tiefeinschneidenden Maßnahme der Arbeitsniederlegung ist darin zu suchen, daß die Firma in dem neu abzuschließenden Tarif Lohnreduktionen von 30—60 Prozent eintreten lassen wollte. Die Firma motiviert ihr Vorgehen mit dem Ablaufen verschiedener Patente und mit der allgemeinen ungünstigen Geschäftskonjunktur. Vom Standpunkt der Arbeiter aus die Angelegenheit betrachtet, könnte man es verstehen, ja man müßte ein Vorgehen wie das jetzt beschlossene, in normalen Zeiten nur billigen, denn die beabsichtigten Lohnherabsetzungen müssen als so horrend bezeichnet werden, daß sie durch die Erklärungen der Firma eine ausreichende Begründung nicht finden. Allein ob der Ausstand im jetzigen Moment zum gewünschten Ziele führt, möchten wir und mit uns jedenfalls noch viele stark bezweifeln. Die noch nicht verwischten Folgen der Bewegung von Brown, Boverie & Co. hätten doch zu denken geben sollen, zumal auch hinter der neuerlichen Bewegung der Industriellenverband steht und zumal jetzt schon vor Beginn des Winters die Arbeitslosigkeit in hiesiger Stadt einen bedauerlichen Umfang anzunehmen beginnt.“

Verhandlungen, um die der sozd. Metallarbeiterverband nachgesucht hat, wurden rundweg abgelehnt. Auch das Bemühen des Fabrikinspektors Herrn Dr. Bittmann, eine Einigung herbeizuführen, scheiterte an der Starrköpfigkeit der Firma. Jetzt nun, wo die Vorräte der bestreikten Firma ziemlich erschöpft sind, macht der Metallindustriellenverband die Angelegenheit zu der seinigen und glaubt die streikenden Arbeiter mürbe zu machen, indem er durch Anschlag in den Fabriken die Drohung ausspricht, falls die Arbeit im gen. Betrieb nicht unter den von der Firma gestellten Bedingungen aufgenommen wird, sämtlichen Arbeitern der Metallindustrie im oben genannten Bezirk, mit Wirkung auf 1. Januar gekündigt wird.

Verwunderlich erscheint diese Maßnahme im Hinblick auf die Vergangenheit des im materialistischen Sinne, nach Tille'schen Rezepten geleiteten Scharfmacherverbandes nicht. Mag derselbe sich durch die unsinnige Kampfesweise des sozd. Metallarbeiterverbandes in den letzten Jahren herausgefordert sehen, rechtfertigen läßt sich ein derartiges Vorgehen durch nichts. Ganz besonders nicht in der gegenwärtigen Zeit, wo die wirtschaftliche Krise mit ihren bedauerlichen Nebenerscheinungen den Staat wie die Kommune zwingt, Notstandsarbeiten ausführen zu lassen, um die Arbeitslosen nicht ganz dem Elend zu überlassen. Auch spricht die Zahl der streikenden Arbeiter — 5 bis 600 — nicht dafür, daß man wegen dessen 20—25 000 auf die Straße setzt. Abgesehen von den Familienmitgliedern der Arbeiter, würden durch dieses Vorgehen des Industriellenverbandes auch der Mittelstand, Kaufleute und Kleingewerbetreibende, nicht minder in Mitleidenschaft gezogen. Daß die Wogen der Erregung in der Einwohnerschaft unter den obwaltenden Umständen ziemlich hoch gehen, ist auch für den Außenstehenden erklärlich. Die Folgen, die diese geplante Aussperrung zeitigen würde, sind heute unübersehbar. Jedoch einmal muß die Anerkennung der Arbeiterorganisation als gleichberechtigter Faktor im Volks- und Wirtschaftsleben auch dem Metallindustriellenverband gegenüber erkämpft werden.

Interessant ist noch, daß im gleichen Moment, in dem der Metallindustriellenverband den Kampf gegen die Arbeiterorganisationen aufnimmt, der „Vaterländische Arbeiterverein“ mittels Flugblättern an die Oeffentlichkeit herantritt, unter dem Motto: „Ans Vaterland, ans teure schließe Dich an“, und aus den verpfuschten Lohnbewegungen des sozd. Metallarbeiterverbandes Kapital schlagend, sucht derselbe Anklang bei den Arbeitern zu finden. Obwohl im allgemeinen im Mannheimer Industriebezirk kein Feld für gelbe Organisationsgebilde ist, lassen die unsinnige Kampfesweise und die vielen verkrachten Bewegungen der sozd. Verbände den Schluß zu, daß sich auch hier Elemente finden, die unter den Fittichen der Firma mit der Marke „Vaterländischer Arbeiterverein“ Unterschlupf suchen, — teils aus Unkenntnis des Zwecks und Zieles der „Gelben“ teils aus Bosheit über die mißlungenen Bewegungen. Es ist deshalb in Berücksichtigung all des Angeführten Grund genug vorhanden, die Augen offen zu halten und die Pläne der Scharfmacher zu erkennen.

Daß die Taktik der christlichen Gewerkschaften die einzig richtige und erfolgversprechende ist, begreifen jetzt sogar die sozd. Führer, indem sie sowohl in der Presse als auch in den Versammlungen die von uns seit Jahren immer lauter vertretene Ansicht nunmehr zu der ihrigen machen, allerdings erst nachdem den sozd. Verbänden das Wasser bis an den Mund reicht. So dürfen wir also bis jetzt mit dem Resultat der Bewegung zufrieden sein; der Ausgang derselben dürfte jedoch immer noch sehr lehrreich für die Mitglieder unseres Verbandes — die in ziemlich großer Anzahl beteiligt sind — als auch für die gesamte Arbeiterschaft werden. — Nach einer neueren Meldung haben unter Leitung des Oberbürgermeisters Dr. Martin und des Gewerbeinspektors Dr. Bittmann mehrtägige Einigungsverhandlungen stattgefunden. Das Resultat dieser Verhandlungen war ein kleines Zugeständnis der Direktion der Strebel-Werke gegen die bisher den Streikenden diktierten Bedingungen. Bis spätestens zum 17. Dez. soll die Arbeiterschaft ihre Zustimmung hierzu geben, widrigenfalls in der ganzen Mannheimer Metallindustrie die Aussperrung resp. Kündigung erfolgt.

Differenzen bei der Firma Hoings, Bürstenwarenfabrik in Lippstadt. Ein eigenartiges Vorgehen gestattet sich jetzt kurz vor dem Weihnachtsfeste die Firma: „Bürstenwarenfabrik Fritz Hoings“ Lippstadt, ihren Arbeitern gegenüber, indem sie dazu überging die Löhne um 10—15 Prozent zu reduzieren mit der Begründung einer anhaltenden Geschäftsflaue.

Trotz wiederholter Vorstellungen des Arbeiter-Ausschusses, sowie der Kartellvorsitzenden der beiden Richtungen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Vor ca. 2 Jahren, in einer Hochkonjunktur, gelang es den Arbeitern dieser Firma, eine 10 prozentige Lohnerhöhung zu erreichen. Jedoch scheint dieses jetzt, obgleich das Geschäft in den 2 Jahren eine für die Verhältnisse bedeutende Höhe erreicht hat, Herrn Hoings Anlaß zu geben, mit Lohnabzügen aufzuwarten. Daß die

Löhne nun etwa zu hoch sind, wird ernstlich niemand behaupten wollen. Zur Orientierung nachstehend die bei der Firma gezahlten Löhne:

für jugendl. Arbeiter, welche teilweise schon 1 Jahr beschäftigt pro Stunde 10 Pfg.
für nicht gelernte Arbeiter . . . pro Stunde 20—32 Pfg.
„ gelernte Bürstenmacher. . . „ „ 30—35 „
„ „ Pecher . . per Tausend Loch 145—170 „
„ „ Drechsler . . . . pro Stunde 30—42 „
„ „ Holzarbeiter anderer Branchen 30 „

In Folge dieser gewiß nicht hohen Löhne sahen die Arbeiter sich veranlaßt, nachdem ihnen der Abzug von 10—15 Prozent angezeigt wurde, hiergegen Front zu machen und war die Folge hiervon, daß die zum Ausschuß gehörenden Mitglieder samt ihren Söhnen (jugendliche Arbeiter) gekündigt wurden mit der Begründung, es herrsche Mangel an Arbeit. Die Arbeiterschaft neigt jedoch zu der Ansicht, daß nur eine kurze Flaue eingetreten ist und das Geschäft nach wie vor flott geht. Außerdem ist ein Lagerbestand in fertigen Waren nicht vorhanden. Es wird unter diesen Umständen keinem organisierten Arbeiter einfallen, bei der Firma Hoings in Arbeit zu treten, zumal die Firma zwei Colonialwarengeschäfte mit Bierhandlung führt und man es gar nicht gern sieht, daß die jugendlichen Arbeiter während des Frühstücks resp. Vesperpause außer im Geschäfte der Firma, für die beschäftigten Arbeiter Bier holen und den Weg über die Straße zum nächsten Bierverleger machen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Cham. In einer sehr gut besuchten Versammlung sprach am Dienstag den 8. Dezember (Feiertag) Kollege Schwarzer-München über die Ursachen der wirtschaftlichen Krisis und ihre Folgen für die Arbeiterschaft. Die aufklärenden Ausführungen haben sicher dazu beigetragen, die Kollegen in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Gewerkschaften zu bestärken. In der Diskussion wurde zunächst die eigenartige Stellung unserer Zahlstelle besprochen. Nahezu 200 Säge- und sonstige Holzarbeiter waren im Bauhandwerkerverband organisiert. Derselbe hat für sie auch einen Vertrag abgeschlossen. Wie aber es nicht anders zu erwarten war, empfand ein Teil der Kollegen das Bedürfnis, sich inzwischen unserem Verband anzuschließen um als Holzarbeiter mit ihren Berufskollegen in besserer Verbindung zu stehen. Gegen dieses gerechte Bestreben der Kollegen wird eine Einwendung seitens der Leitung des Vorstandes des Bauhandwerkerverbandes nicht erhoben. Im Gegenteil, hat derselbe schon längst erklärt, daß die Sägearbeiter zum Holzarbeiterverband sollen. Unserseits wurde auf die Kollegen kein Druck wegen des Uebertrittes ausgeübt, sondern bleibt es ihnen selbst überlassen zu tun was sie für gut halten. 60 Kollegen sind bis jetzt freiwillig zu unserem Verband übergetreten und zweifellos werden noch mehrere folgen. Letzteres entspricht einzelnen Kollegen des Bauhandwerkerverbandes nicht, und sie glauben die Uebertretenden einzuschüchtern, indem sie auf die Ausschaltung vom Vertrag hinweisen. Das ist aber absolut nicht der Fall. Es besteht also für die Kollegen keine Veranlassung sich einschüchtern zu lassen. Das möchten sie sich in Zukunft merken. Auf jeden Fall müssen wir uns in der ganzen Frage kollegial verständigen. Am guten Willen der Holzarbeiter soll es nicht fehlen. Im weiteren Verlauf der Versammlung, kam auch die unsaubere Agitationsweise unserer Gegner zur Sprache. Es muß schon mit einer Sache jämmerlich bestellt sein, wenn man mit solchen alten verrosteten Waffen kämpfen muß. Anläßlich einer roten Holzarbeiterversammlung wurden hier nämlich Flugblätter über den Kölner Streik (!) verteilt. Mit solchem faden Wisch lockt man hier keinen Hund hinterm Ofen hervor, geschweige denn, gewinnt man damit einen Holzarbeiter. Ausgerechnet in Cham, operiert man mit solch vermoderten Mitteln, in Cham wo die ganzen Holzarbeiter die Verbesserung ihrer Existenz ausdrücklich und nur dem entschiedenen Auftreten der christl. Organisation verdanken. Das wissen die Chamer Kollegen auch zu würdigen und verzichten deshalb auf den sozialdemokratischen Aufkläricht.

Louisenthal. In unserer letzten Versammlung vom 7. Dez. hielt Kollege Erfing-Frankfurt einen Vortrag über die gegenwärtige Lage im Holzgewerbe. Fast alle Kollegen der Zahlstelle waren erschienen und folgten dem Vortrage mit Spannung. Auch wurde einstimmig beschlossen, vom 1. Januar 1909 ab den 60 Pfg. Wochenbeitrag einzuführen. Dadurch haben die Kollegen gezeigt, daß sie noch Opfergeist besitzen und daß sie eingesehen haben, daß wir zur Zeit eines Kampfes einer starken Kriegskasse bedürfen. Mögen die Scharfmacher, welche ja auch schon an der Arbeit sind, es uns Holzarbeitern des Saarreviers vielleicht schon in nächster Zeit den Kampf aufzunötigen, nur kommen, sie werden uns auf dem Plane finden. — Es verdient noch festgestellt zu werden, daß die „Frankfurter Volksstimme", das rote Blatt für das Saarrevier, sich zu der Lüge aufschwang, die Zahlstelle Louisenthal sei gestorben und dgl. mehr. Tatsache ist jedoch, daß die Zahlstelle wie fester und geschlossener denn je dasteht und wir möchten den „freien" raten, sich doch um ihre Sachen zu kümmern und nicht um Dinge, die sie gar nichts angehen. Wir Kollegen in Louisenthal werden fest zum Verbande stehen und uns durch die Ammenmär der Roten nicht aus dem Konzepte bringen lassen. Wir wollen einig sein auf der Arbeit, einig in unsern Bestrebungen und dann werden wir auch unser Ziel erreichen gewiß und sicher.

Coburg. Eine kleine Gruppe unseres Holzarbeiterverbandes hat sich in den letzten Wochen in unserem Städtchen gebildet, nachdem hier im Monat November Kollege Erfing-Frankfurt über den Zweck und die Ziele der Organisation Vortrag gehalten hatte. In der am 12. Dez. im Reißenweberschen Lokale stattgefundenen ersten Versammlung bestimmte man Kollegen Wienand...fler als Vertrauensmann, Kollegen Joh. Bergner als Schriftführer und Kollegen Greiling als Kassierer. Im weiteren beschäftigte man sich u. a. hauptsächlich mit der Frage der Agitation. Wenn auch hervorgehoben wurde, daß dies eine schwierige Aufgabe bei den hiesigen Verhältnissen sei, so wurde doch das bestimmte Versprechen von den jetzigen Mitgliedern abgegeben, treu und beharrlich für die gute Sache zu arbeiten, sodaß die Hoffnung besteht, auch in Coburg mit der Zeit eine starke Zahlstelle zu erhalten.

Windisch-Eschenbach. Am 7. Dezember 1908 war unser Bezirkssekretär Kollege Schwarzer-München in unser Versammlung anwesend. Nachdem er uns die Entstehungsursache der jetzigen schlechten Geschäftskonjunktur geschildert hatte, wurde in die Diskussion eingetreten, in der gebeten wurde, es möge einmal ein Bericht über die Entwickelung und Entstehung unserer Zahlstelle im Organ erscheinen. Diesem Wunsche sei hiermit nachgekommen. Unsere Zahlstelle wurde am 22. September 1907 durch Kollegen Baumeister-München gegründet, und traten gleich 25 Kollegen bei. Trotz der verschiedenen Hindernisse, die uns in den Weg gestellt wurden, gedieh unsere Zahlstelle, daß wir am 8. März eine Mitgliederzahl von 110 Kollegen und Kolleginnen zu verzeichnen hatten. Nach kaum 3 Monaten wurden durch Kündigung zwei unserer Vorstandsmitglieder der Zahlstelle entrissen und im März 1908 kehrte uns unser 1. Vorsitzende den Rücken, welches der Zahlstelle nicht von Vorteil war. Im Juni wurde ein Tarif, der F. Beger vorgelegt, welcher infolge des schlechten Geschäftsganges nicht zustande kam; auch dadurch verloren wir manche Kollegen. Durch die Bemühungen des Kollegen Schwarzers haben ein Teil der Kollegen eine 5 bis 10%tige Lohnerhöhung erhalten und zugleich wurde das Versprechen gegeben, sobald der Geschäftsgang ein besserer sei, wäre die Firma bereit einen Vertrag abzuschließen. Leider ist der Geschäftsgang bis jetzt noch kein besserer geworden, sondern müssen wir noch auf eine kürzere Arbeitszeit gefaßt sein. Zur Zeit besteht unsere Zahlstelle aus über 40 Kollegen und werden diese sich auch bemühen, die Abseitsstehenden wieder für unsere Sache zu gewinnen. Daß ist jedoch keine leichte Arbeit, da die Kollegen denken, wenn durch den Verband etwas erreicht wird, bekommen sie es auch mit. Es sind in Windischeschenbach ebenso wie in anderen Orten viele Kollegen, die wohl ernten aber nichts säen wollen.

Modell- und Fabrikschreiner.

Dortmund. Längere Zeit haben die hiesigen Berufskollegen nichts mehr im Verbandsorgan von sich hören lassen. Es könnte daher den Anschein erwecken," als hier inbezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse alles in bester Ordnung sei; dem ist jedoch nicht so. Sind doch gerade unsere Berufskollegen diejenigen, welche am meisten unter der jetzigen, wirtschaftlichen Krise zu leiden haben. Die meisten arbeiten seit längerem nur noch täglich 8 Stunden; dabei stehen die Lohnsätze durchweg niedriger, als die der Bau- und Möbeltischler. Trotzdem finden Lohnreduzierungen statt, ganz abgesehen von den sonstigen schlechten Verhältnissen, wie Behandlung usw. Dieses alles ist aber darauf zurückzuführen, weil ein großer Teil der Kollegen unter keinen Umständen für die Organisation zu haben ist. Trotz aller Versuche, die schon gemacht sind, bilden sie stets den Hemmschuh, um unsern Beruf weiter zu bringen. Hoffentlich werden auch diese Kollegen noch zu der Erkenntnis kommen, daß nur alle für einen und nicht der Einzelne etwas erreichen kann, mag derselbe noch so lange Jahre bei dem Unternehmer beschäftigt sein. Wenn es diesem dann nicht mehr paßt, so fliegt er auf die Straße, wie wir ja die Fälle im Frühjahr und Sommer hier genug zu verzeichnen hatten. An Aufklärung, intensiver Agitationsarbeit soll es unsererseits nicht fehlen. Wenn auch der Erfolg nicht sofort in die Augen fällt, langsam aber sicher wird es doch dem indifferenten Kollegen zum Bewußtsein kommen, daß nur die Organisation etwas erzielen kann. Zu Anfang des neuen Jahres werden wir wieder von Zeit zu Zeit unsere Sektionsversammlungen abhalten, wo wir am besten unsere Lage besprechen können. Zu wünschen ist aber dann auch, daß die Versammlungen gut besucht werden. Wir dürfen nicht bei der jetzigen Zahl, wie in diesem Jahre, stehen bleiben, sondern jeder muß noch einen neuen Kollegen hinzu zu gewinnen suchen. Darum mit frischem Mut und Eifer an die Arbeit im neuen Jahre, gekämpft für die Freiheit und Besserstellung unseres Berufes.

Korkarbeiter.

Delmenhorst. Die Bedeutung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation für die in der Korkindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen näher klar zu legen, war der Zweck einer am Sonntag den 13. Dez. in Delmenhorst stattgefundenen öffentlichen Versammlung. Der Referent Kollege Böhmecke-Hannover wies in seinem Vortrage treffend nach, wie große Bedeutung die Gewerkschaften im wirtschaftlichen Leben haben. Ohne den Zusammenschluß der Arbeiter ist es nicht möglich, den Arbeitsvertrag durch bessere Entlöhnung, geregelte Arbeitszeit usw. günstiger zu gestalten. Nach dieser Richtung ist gerade für die Korkarbeiter und Arbeiterinnen noch vieles verbesserungsbedürftig. Denn nach der Lohnstatistik der in der Holzindustrie Beschäftigten sind die Korkarbeiter mit am schlechtesten gestellt. Während jedoch die Korkindustriellen, also die Unternehmer durch straffe Organisation es verstehen, ihre wirtschaftlichen Interessen durch Preisregulierung, (Erhöhung ihrer Verkaufspreise) entschieden wahrzunehmen, begegnet man auf seiten der Arbeiterschaft einer beispiellosen Interessenlosigkeit. Hier Wandel zu schaffen, sei die Aufgabe aller Kollegen. Mit dem Wunsche, daß auch die Delmenhorster Korkarbeiterschaft bald zur Erkenntnis ihrer Lage und damit zur Standesorganisation gebracht werde, schloß Redner seine lehrreichen Ausführungen. In der Diskussion nahm der Gauleiter des deutschen Holzarbeiter-Verbandes Neumann-Hamburg das Wort; er freue sich, daß auch der christliche Verband mit helfen wolle, die Korkarbeiter zu organisieren und deren Lage zu verbessern. Die Ausführungen des Kollegen Böhmecke könne er nur Wort für Wort unterzeichnen. Auf die prinzipiellen Unterschiede wolle auch er, gleich dem Referenten nicht eingehen, sein Verband werde mit jeder Organisation, die es ehrlich meine mit der Vertretung der Arbeiterinteressen, Schulter an Schulter stehen. Wenn nach dieser Richtung jeder Verband für sich bestrebt ist, unter den Korkarbeitern für Aufklärung zu sorgen, werde dieses für die Beteiligten nur vorteilhaft sein. — Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten schloß der Vorsitzende die eindrucksvolle Versammlung. Wenn dieselbe auch keinen augenblicklichen Erfolg aufwies, sicher ist, daß das Gehörte von den Teilnehmern in die Tat umgesetzt wird, dafür bürgt uns ein guter Stamm Kollegen in der Delmenhorster Zahlstelle. Diese werden jetzt ihre ganze Kraft für die weitere Erstarkung der Zahlstelle einsetzen und unsere Ideen in weitere Kreise der Korkarbeiter tragen.

Bürsten- und Pinselmacher.

Ramberg. Bei einigen hiesigen Arbeitgebern scheint unser Kampf um das Koalitionsrecht bald vergessen zu sein. Schreiber dieser Zeilen möchte da einiges, welches hier vor kurzer Zeit vorgekommen ist, mitteilen: In diesem Spätjahr reisten zwei Kollegen hier durch und sprachen auch bei Herrn K. vor. Dessen Sohn, welcher auf dem Kontor war, fragte den einen der Kollegen, ob er organisiert sei. Als der Kollege dieses bejahte, antwortete Herr M.: „Ich kann Sie nicht unterstützen, wenn Sie organisiert sind." Wenn der Kollege nein erwidert, dann Arbeit bekommen und nach den Löhnen gefragt hätte, er würde sicher nicht gearbeitet haben. Andernfalls hätte sich der Kollege einen Groschen holen können, welcher ihn auch nicht zum reichen Manne gemacht hätte. Uebrigens sollte Herr M. K. bald zur Einsicht kommen, daß an unserer Zahlstelle nichts mehr zu rütteln ist. — Bei einem andern Arbeitgeber ist um 6 Uhr Samstags Schluß. Derselbe stellte seinen Arbeitern sein Wirtschaftslokal zur Verfügung, bis sie gegen sieben Uhr ihr Geld auf dem Kontor abholen können. Getrunken braucht in dieser Zeit nichts zu werden, nur die daß „armen Arbeiter" nicht frieren. In demselben Betriebe kam es vor, daß der Arbeitgeber des Montags in die Fabrikräume kam und einen Arbeiter fragte, wo er des Sonntags gewesen sei. Es entspann sich darüber folgendes Gespräch: „Wo warst du gestern (Sonntag)?" „Im Spiel und dann bei Ihrem Bruder, (welcher ebenfalls Wirtschaft hat) und dann beim Nachtessen und dann bei Ihnen." „So, um 11 Uhr nachts kommt man zu mir." Dann folgte noch eine kleine Gardinenpredigt und der Arbeiter hatte seine Ruhe und weiß, wie er sich zu verhalten hat, und daß er besser fährt, wenn er nicht um 11 Uhr nachts, sondern um ein Uhr mittags in die Wirtschaft seines Arbeitgebers einkehrt. — Solche und ähnliche Dinge kommen in Ramberg leider immer noch vor, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Zustände gegen früher bedeutend besser geworden sind. Dank der Genossenschaftsfabrik ist die persönliche Freiheit eines großen Teiles der Kollegen denn doch gewahrt. Die geschilderten Dinge beweisen aber, wie es gehen würde, wenn wir in Ramberg nicht den Verband im Rücken hätten. Das sehen die Kollegen denn auch ein und dürfte die letzte hier abgehaltene Versammlung, in der Kollege Heck-Mannheim einen gehaltvollen Vortrag hielt, zur Vertiefung der Gewerkschaftsidee noch wesentlich beigetragen haben. Die noch abseitsstehenden Bürstenarbeiter für die Organisation zu gewinnen, wird eine der wesentlichsten Aufgaben der Kollegen sein.

Sterbetafel.

Konrad Tüllmann, Tischler, gestorben zu Paderborn.
Ruhe in Frieden.

Gewerkschaftliches.

Aus einer gelben Garnison. Unter diesem Titel hatte das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine „Der Arbeiter" in München im letzten Frühjahr einen Artikel gebracht, der sich im Anschlusse an einen Prozeß des „gelben" Arbeitervereins von Werk Augsburg mit diesen Organisationen in satirischer Form beschäftigte. Insbesondere war den gelben Gewerkschaften darin die Abhängigkeit vom Unternehmer und die dadurch bedingte wirtschaftliche Unselbständigkeit vorgehalten. Durch diesen Artikel fühlte sich der erste Vorsitzende des gelben Arbeitervereins von Werk Augsburg beleidigt und stellte gegen den Redakteur des „Arbeiter", Kollegen Gasteiger Klage an, welche am 4. Dezember vor dem Schöffengerichte in Augsburg in sechsstündiger Verhandlung zum Austrage kam und mit der Verurteilung des beklagten Redakteurs zu 20 Mk. Geldstrafe wegen formaler Beleidigung endete.

Zu Beginn der Verhandlung gab Kollege Gasteiger eine längere Erklärung ab, in der er vor allem den prinzipiellen Gegensatz zwischen der selbständigen, christlichen Arbeiterbewegung und der unselbständigen gelben sogenannten Bewegung präzisierte, welch' letztere von der Gunst der Arbeitgeber abhängig sei: „Wir bekämpfen die Gelben, weil sie sich den wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Aufwärtsbestrebungen der Arbeiterschaft nur hindernd in den Weg stellen". In dieser prinzipiellen Verurteilung der „gelben" Arbeitervereine mit gewerkschaftlichen Nebenzwecken wissen wir uns einig mit sämtlichen Arbeiter- und Angestelltenkoalitionen, mit den politischen Parteien aller Schattierungen einschließlich die Liberalen, soweit deren Anhänger sich nicht dem Großindustrieliberalismus zuzählen und ein persönliches Interesse an gelben Gründungen haben."

Interessant war die Tatsache, daß die geladenen Zeugen aus dem Lager der verschiedensten politischen Parteien, in der sachlichen Beurteilung des inkriminierten Artikels, soweit diese den Inhalt desselben betraf, vollkommen einig gingen. Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Dr. Thoma-Augsburg, ein Angehöriger der liberalen Partei, definierte die gelben Gewerkschaften als eine Bewegung, die sich in freiwilliger Abhängigkeit vom Unternehmer wirtschaftliche Vorteile zu erringen suche und dadurch naturgemäß von vornherein in eine Kampfesstellung gegen die selbständigen Organisationen komme. In gleicher Weise sprach sich Zeuge Wernthaler von der sozialdemokratischen Partei aus, indem er den tatsächlichen Beweis für die Arbeiterfeindlichkeit der Gelben dadurch beleuchten konnte, daß diese, statt einer Verkürzung der Arbeitszeit in der Maschinenfabrik Augsburg, welche allen Arbeitern zugute gekommen wäre, „mehr Wohlfahrtseinrichtungen" für die Gelben forderten. Auch die Zeugen Benefiziat Lindermeyer und Sekretär Karl Eder von den katholischen Arbeitervereinen schlossen sich ganz den Ausführungen der vorerwähnten Zeugen an, indem sie insbesondere die Selbständigkeit der gelben Gewerkvereine bestritten, zumal gerichtlich erwiesen ist, daß Beamte der Maschinenfabrik Augsburg die schriftlichen Arbeiten für den Werkverein übernehmen und der formelle Vorsitzende Chatelet, wie Zeuge Wernthaler bekundete, Dutzende von Schreiben einfach mit seinem Namen zeichnete, ohne von ihrem Inhalte auch nur die geringste Kenntnis zu besitzen. Ueberdies bewiesen einzelne Fragen des Verteidigers des verklagten Redakteurs, Herrn Rechtsanwalt A. Rumpf-München, daß der Vorstand des Arbeitervereins von Werk Augsburg nicht einmal weiß, was in den Statuten des Vereins steht, als dessen Vorsitzender er sich durch den Artikel im Arbeiter beleidigt zu fühlen für notwendig erachtete. Die sarkastische Bemerkung des Verteidigers Rumpf, daß solche Leute doch beim besten Willen nicht als die selbständigen Leiter der gelben Bewegung angesehen werden könnten, sondern die Sache von ganz anderer Seite dirigiert werde, fand keinen Widerspruch von seiten des Klägers und löste verständnisvolle Zustimmung unter den zahlreichen Zuhörern aus.

Leider wurde nach der Vernehmung der genannten vier Zeugen durch Beschluß des Gerichtes und trotz der energischen Verwahrung des Verteidigers des Kollegen Gasteiger die Zeugenliste geköpft und so weiteren vier Zeugen das Wort abgeschnitten. Den „Gelben" und ihrem Verteidiger kam das allerdings sehr gelegen, denn es war ihnen unangenehm zu Mute geworden, als Redakteur Gasteiger den zeugeneidlichen Beweis dafür anzutreten sich erbot, daß Mitglieder des gelben Werkvereins beim bischöflichen Ordinariat in

Augsburg die Verwarnung eines Geistlichen angestrebt haben, weil dieser für die christlichen Gewerkschaften agitiert und die „Gelben" bekämpfe. Nachdem aber Zeuge Lindermeyer auf Anfrage des Herrn Verteidigers Rumpf eine Auskunft über diesen Punkt nicht mit einem glatten Nein beantwortete, sondern sich auf sein Amtsgeheimnis berief, kann man sich schon ohne weitere Zeugen einen Reim auf die gelbe Taktik machen.

Soviel ist gewiß, — und das bewies allein schon das Plaidoyer des Herrn Rechtsanwalts Rumpf — daß die Gelben sich bei diesem Prozeß keine Lorbeeren geholt haben. Wer der moralisch Verurteilte ist, überlassen wir dem Urteil unserer Kollegen.

Soziale Rundschau.

Arbeiter als Schöffen! Aus Hannover schreibt man uns: „Einen erfreulichen Erfolg hat das Kartell der christl. Gewerkschaften von Hannover zu verzeichnen. Nachdem im Frühjahr d. J. in einer Eingabe an die zuständige Behörde der berechtigte Wunsch geäußert wurde, man möge aus den Reihen der „Arbeiterschaft" auch „Schöffen und Geschworene" ernennen, hat die Behörde dieser Eingabe gegenüber insofern Entgegenkommen bewiesen, daß sieben Männer aus Arbeiterkreisen laut amtlicher Zustellung als Hauptschöffen für das Geschäftsjahr 1909 am hiesigen Schöffengericht ernannt sind. Jeder dieser Ernannten hat fünf mal im Jahre als Schöffe zu fungieren. — Dieses ist gewiß ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur „Gleichberechtigung des Arbeiterstandes", welches von seiten der christl. Arbeiterschaft, sowie von allen Freunden derselben freudigst anerkannt wird. Die Tätigkeit unserer Bewegung auf diesem Gebiete ist auch in anderen Städten von Erfolg gekrönt. So versehen schon seit einem Jahre in Cöln eine Anzahl christlicher Gewerkschaftler das Amt eines Schöffen. Auf Antrag des Kartells der christlichen Gewerkschaften zu Cöln, ist die Zahl der Arbeiterschöffen in diesem Jahre noch vergrößert worden. Die Wahrnehmung der Schöffengeschäfte hat jedoch den bitteren Beigeschmack, daß eine Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst nicht gewährt wird. Hoffentlich wird es nicht mehr lange dauern, bis auch hierin ein Wandel eintritt.

Die Invalidenversicherung im Jahre 1907. Dem Reichstage sind zugegangen die Nachweisungen über die 31 Invalidenversicherungsanstalten und 10 zugelassenen Kasseneinrichtungen, die im Jahre 1907 auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes bestanden. Unter letzteren befindet sich auch die am 1. Januar 1907 ins Leben getretene Invaliden-, Witwen- und Waisen-Versicherungskasse der Seeberufsgenossenschaft. Diese 41 Versicherungsträger besaßen am Jahresschluß insgesamt 309 Vorstandsmitglieder, 44 Hülfsarbeiter der Vorstände, 616 Ausschußmitglieder, 396 Kontrollbeamte, 3 Rentenstellen, 124 Schiedsgerichte, 2498 besondere Markenverkaufsstellen und etwa 7400 mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen. An Wochenbeiträgen wurden bei den 31 Invalidenversicherungsanstalten rund 656 Millionen Stück verwendet, die einen Erlös von 163457590 Mk. ergaben. Bei den Kasseneinrichtungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 15185586 Mk. Bei der Abrechnung für das Jahr 1907 wurden 134490 Renten als im Jahre 1907 zugegangenen behandelt, nämlich 112184 Invalidenrenten, 11537 Krankenrenten und 10769 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 166,04 Mk., 166,24 Mk. und 161,64 Mk. Beitragserstattungen wurden im Jahre 1907 festgesetzt bei 152478 Heiratsfällen, 616 Unfällen und 35463 Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche Betrag auf 38,44 Mk., 82,76 Mk. und 85,44 Mk. stellte. Für das Heilverfahren wurden 15186286 Mk. aufgewendet. Die gesamten Ausgaben für Invalidenhauspflege beliefen sich auf 653937 Mk. An Verwaltungskosten überhaupt wurden 16900600 Mk. ausgegeben. Insgesamt haben sich im Jahre 1907 die Einnahmen auf 225171349 Mk., die Ausgaben auf 140629331 Mk. beziffert, so daß sich ein Vermögenszuwachs von 85542018 Mk. ergibt. Am Schlusse des Jahres 1907 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsgesetzliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kasseneinrichtungen auf 1404067649 Mk., wozu noch der Buchwert der Inventarien mit 5746087 Mk. tritt. Von 1000 Mk. Vermögen waren 15 Mk. im Kassenbestande vorhanden, während 936 Mk. in Wertpapieren und Darlehen und 49 Mk. in Grundstücken angelegt waren. Die durchschnittliche Verzinsung des in Wertpapieren und Darlehen angelegten Teiles betrug 3,55 v. H. des Ankaufspreises.

Soziale Rechtsprechung.

Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis. Das Kartell der christlichen Gewerkschaften zu Cöln hielt in der Zeit vom 11. bis 15. Oktober d. J. hier und in einigen Vororten eine Reihe öffentlicher Versammlungen ab, in denen Reichstagsabgeordneter Arbeitersekretär Becker über das Thema: Die Arbeiterschaft im Kampfe um bessere Lebensbedingungen, sprach. Die Bekanntmachung der Versammlungen geschah außer durch Laufzettel durch ein Inserat im Cölner Lokal-Anzeiger am 8. Oktober und durch Plakate. Der Lokal-Anzeiger ist seinerzeit von der Polizeibehörde als Organ bestimmt worden, in dem Versammlungen bekannt gegeben werden können, so daß es einer polizeilichen Anmeldung derselben nicht bedarf. Trotzdem ist nunmehr gegen den Einberufer der Versammlungen auf Ersuchen der Polizeibehörde Strafbefehl erlassen worden, der sich auf §§ 6 und 18,2 des Vereinsgesetzes stützt und auf die ministeriellen Ausführungsbestimmungen. Nach letzeren müssen öffentliche politische Versammlungen schon in der Bekanntmachung als „öffentliche politische" Versammlungen gekennzeichnet sein. Das war allerdings unterblieben, da es nach Ansicht und Absicht des Einberufers sich nicht um „politische" Versammlungen handelte, sondern um Gewerkschaftsversammlungen. Die Polizei ist wohl zuerst selbst dieser Ansicht gewesen, denn in keiner dieser Versammlungen ist ein Beauftragter der Polizei erschienen, wie das früher üblich war. Die Meinung, daß es sich um öffentliche „politische" Versammlungen handelte, scheint der Polizei erst auf Grund eines knappen Versammlungsberichtes gekommen zu sein, der zwei Tage nach der letzten Versammlung im Cölner Lokal-Anzeiger erschien. In diesem Bericht war der Gedankengang des Redners kurz zusammengefaßt und mitgeteilt worden, derselbe habe betont, daß neben die Selbsthülfe auch die Staatshülfe treten, und daß die Arbeiterschaft durch ihre Organisationen sich auch die gesetzlichen Errungenschaften zunutze machen müsse. Die gleichen Gedankengänge sind schon in Tausenden von Gewerkschaftsversammlungen entwickelt und ausgesprochen worden, ohne daß deshalb diese Versammlungen „politischen" gestempelt worden wären, und in Fällen, wo es etwa geschehen ist, wurde im Gerichtsverfahren festgestellt, daß das zu Unrecht geschehen war. Und unter der Aera des „neuen Reichsvereinsgesetzes", das angeblich so erhebliche Verbesserungen aufweist, sollte man erst recht erwarten, daß solch kleinliche Schikanen außer Praxis gesetzt wären. Da war ja der frühere Zustand besser, wo man einfach die Versammlungen 24 Stunden vorher anzumelden hatte und damit jeder weiteren Verpflichtung überhoben war. Hätten wir in diesem Falle ebenso gehandelt, so wäre ein Strafbefehl wohl nicht erfolgt. Gegen denselben ist sofort Einspruch erhoben worden, um die Angelegenheit zur gerichtlichen Entscheidung bringen zu können.

Aus dem gewerblichen Leben.

Die deutsche Spielwarenindustrie. Die Erzeugnisse der Spielwarenindustrie treten uns jetzt in der Weihnachtszeit überall vor Augen. Während sonst nur die Kleinen in die Schaufenster der Spielwarenhandlungen blicken, stehen jetzt auch die Erwachsenen in dichten Reihen davor, um für die Buben und Mädchen aus der eigenen Familie oder aus dem nächsten Verwandtenkreis Weihnachtsgeschenke auszusuchen. Die Auswahl ist nicht leicht, denn in keiner Industrie dürfte wohl eine größere Mannigfaltigkeit anzutreffen sein als in der Spielwarenindustrie, immer wieder glaubt man etwas gefunden zu haben, was das vorher Gesehene übertrifft. In bunter Reihe, schimmernd in allen Farben, leuchtend und strahlend wie pures Geld und Silber, vom einfachsten Holzpferdchen bis zur komplizierten Maschine, daneben Flinten, Säbel, Festungen, Kriegsschiffe, Puppenstuben, Kaufmannsläden, Uniformen, Kinderwagen, Schaukelpferde und tausenderlei andere Dinge sind zum Verkauf ausgestellt. Und das alles wird fast ausnahmslos in Deutschland selbst hergestellt, denn nur für wenige hunderttausend Mark werden jährlich Spielwaren bei uns eingeführt. Dagegen versenden die deutschen Spielwarenfabrikanten ihre Waren nach allen Gegenden der Welt. Im Jahre 1907 wurden mehr als 900000 Zentner Spielwaren im Werte von mehr als 80 Millionen Mark ausgeführt. Die besten Abnehmer waren von jeher die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien, im letzten Jahre sind Spielwaren ausgeführt worden für 31,6 Millionen nach den Vereinigten Staaten und für 19,4 Millionen nach Großbritannien. Sonst dehnt sich die deutsche Spielwarenausfuhr bis auf die entferntesten Inseln aus. Die Kinder der Gelben, der Roten, der Schwarzen und der Mischrassen spielen eben so gern mit Puppen, Pferden, Hunden, Elefanten, Wagen, Eisenbahnen und Schiffen als unsere eigenen Kinder in Deutschland.

Die Hauptzentren der deutschen Spielwarenherstellung sind im Erzgebirge; im Thüringer Wald, in Stuttgart, Berlin, Nürnberg und Fürth. Die billigsten Sachen werden im Erzgebirge angefertigt. Hier sind große Spielwarendörfer entstanden, in denen so gut wie die ganze Bewohnerschaft bei der Spielwarenherstellung beschäftigt ist. Von früh bis spät sind hier die Einwohner in den engen, niedrigen Stuben bei ihrer Arbeit, alte Frauen, greise Männer, Väter und Mütter, junge Leute und Kinder in allen Lebensstufen bis zum kleinsten Bürschchen herab, das noch nicht zur Schule geht, alles ist mit Hammer und Zange, mit Messer und Scheere, mit Leim und Farbenpinsel in eifriger Tätigkeit, um alle die Tausende billiger Holzsachen anzufertigen, die unter den Weihnachtsbaum der ärmeren Bevölkerung kommen. In Thüringen ist die Stadt Sonneberg mit ihrer Umgebung das Hauptgebiet der Spielwarenherstellung. Die Geschichte der Thüringer Spielwarenindustrie ist von hohem Interesse. Im Gewerbemuseum von Meiningen sind gegen 1000 Arten von Spielwarenartikeln ausgestellt, die in früheren Zeiten angefertigt wurden, jetzt aber als veraltet gelten und von niemand mehr verlangt werden. Die ganze Industrie, im Thüringer Wald sowohl, als auch im Erzgebirge, ist so gut wie ausschließlich selbständige Hausindustrie. Die Hausindustriellen stehen zu den größeren Unternehmern nicht in einem Verhältnis, wie etwa das ist, das zwischen einem hausindustriellen Schneider und seinem Arbeitgeber besteht, sondern die Spielwarenheimarbeiter haben für ihre Geschäfte in allem das vollständige Risiko zu tragen und sie kaufen auch das Rohmaterial selbst ein. Kinder, die bei fremden Leuten arbeiten, sind nur ganz wenige anzutreffen; denn die meisten werden in der eigenen Familie zur Arbeit angehalten. Die Arbeit der Kinder ist zwar leicht und mühelos und die Farben, mit denen die Spielwaren bestrichen werden, dürfen gesundheitsschädliche Bestandteile nicht enthalten, trotzdem aber wirkt die Beschäftigung in der engen Häuslichkeit auf das geistige und körperliche Wohlbefinden der Kinder sehr schädlich ein.

In Sonneberg werden in der Hauptsache mittlere Qualitäten hergestellt, Nürnberg und Fürth liefern Spielsachen aus Metall, wie Zinnsoldaten und Eisenbahnen. Auch in dieser Spezialbranche herrscht eine große Mannigfaltigkeit in Bezug auf Größe, Ausstellung und Preis der Waren. Besonders was die Fabrikation an Zinnsoldaten anbetrifft, so müssen die Fabrikanten immer aktuell bleiben, denn die Herren Buben wollen jetzt nicht mehr mit jeder beliebigen Gattung Soldaten spielen, sondern sie verlangen Russen, Japaner, Türken, Bulgaren oder was gerade durch besondere Ereignisse in den Vordergrund getreten ist. Auch die ärmste Mutter kauft zum Weihnachtsfest einige Spielsachen für ihre Kinder und überall erregen die Geschenke unterm Weihnachtsbaum Freude und hellen Jubel.

Literarisches.

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1909. Durch die außergewöhnlich starke Nachfrage ist die erste Auflage des Jahrbuches 1909 bereits vergriffen. Um allen Anforderungen gerecht zu werden hat der Gewerkschaftsverlag sich entschlossen, eine zweite Auflage herstellen zu lassen, die soeben fertiggestellt wurde. Ueber den wichtigen Inhalt und die Ausgestaltung des Jahrbuches haben wir bereits früher berichtet und können wir die Anschaffung nur jedem Kollegen empfehlen. Bestellungen sammle man in den Ortsgruppen, damit sich der Bezug verbilligt und sende dieselben zur Erledigung den Zentralstellen oder direkt an die Buchhandlung des Gesamtverbandes, Cöln, Palmstraße 14. — Für Mitglieder kostet das Jahrbuch 50 Pfg. Porto 10 Pfg.

Gleichzeitig sei auch das **Jahrbuch 1908** Preis 75 Pfg. empfohlen.

Sodann erschien soeben: **Bericht über die Verhandlungen der ersten internationalen Konferenz christl. Gewerkschaften in Zürich.** Preis 25 Pfg. mit Porto 30 Pfg.

Die Konferenz in Zürich hat allenthalben ziemlich Staub aufgewirbelt, so daß ein genauer Bericht allen Mitgliedern willkommen sein wird. In keiner Gewerkschaftsbibliothek sollte das Züricher Protokoll sowie auch die übrigen Kongreßprotokolle fehlen, auch ist den Mitgliedern die Anschaffung dringend zu empfehlen. Um Porto zu ersparen empfiehlt es sich, gemeinsam durch die Zahlstellenvorstände zu beziehen.

Adressenveränderungen.

Solingen. V.R. **Emil Buschmann**, Roonstraße 6.

Detmold.

Grösste

Tischler-Fachschule

Programm frei. *Dir. Reineking.*

Zum Selbstunterricht empfehle:

Die Formenlehre f. Tischler à Mk. 1.35.

Die Stillehre I. T., f. Tischler à Mk. 1.35.

Zu beziehen von

Direktor Reineking, Detmold.

Bürstenmacher

sucht sofort dauernde Stellung auf Einziehen. Angebote unter Z. E. Ramberg mittl. [illegible] erbeten.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor G. STREICH

Werkmeister, Techniker, Zeichner, gesetzliche Meisterprüfung.

Anerkannt vorzügliche, einzig dastehende Lehrmethode. — Programm frei durch:

Die Direktion, Bayerschestrasse Nr. 115.

Deutsches Technikum

Lehr-Institut für Technischen Fern- und Korrespondenz-Unterricht

Berlin XIII, Schönebergerstrasse 8

Leiter: Diplom-Ingenieur, Regierungs-Baumeister a. D. E. Barkow.

Gediegene theoret. Ausbildung für Bau- u. Möbelschreiner durch schriftlichen Unterricht, nach erfolgreicher Methode u. ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. [illegible] Honorar mässig. Bequeme Zahlungsbedingungen! [illegible] Lehrmittel werden mitgeliefert. Teilnahme am Unterricht zu jed. Zeit möglich.

Ausführliches Programm gratis.

Wer liefert einen Waggon

Grüne einjährige Weiden

1 m bis 2,50 m lang?

Angebote werden an die Zahlstelle Trailsdorf (Post Eggolsheim, Bayern) des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter erbeten.

Das Jahrbuch

der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1909 gehört in die Hand eines jeden Kollegen. 1300 Exemplare wurden bereits an die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands abgesetzt.

Genossenschaftl. Bürstenfabrik

Ramberg (Pfalz).

Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für

alle Sorten Bürstenwaren

für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen nach eingesandten Mustern prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.

Eingelegte Fourniere

für Nähtische, Schatullen, Füllungen.

Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsschreiben.

Eustach. Biller, Marqueteur,

Heidelberg, Theaterstrasse 7.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Janssen, Cöln. — Druck von Heinrich Theissing, Cöln.

Nr. 51 * IX. Jahrgang. Köln, 18. Dezember 1908.

Der Deutsche Holzarbeiter.

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag Mittag. — Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von Mk. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Redaktion und Expedition: Cöln am Rhein, Palmstraße 14. — Fernsprecher Nr. 7605. — Inserate kosten die viergespaltene Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte.

Vertrauensmänner! Sorgt dafür, daß am Jahresschluß **auch nicht ein Mitglied** des Verbandes mit seinen Beiträgen im Rückstande ist. An Euch liegt es, daß die Abrechnung rechtzeitig erfolgen kann. Erleichtert dem örtlichen Kassierer die Arbeit und erspart den von Euch bedienten Mitgliedern Scherereien. Erinnert fortwährend an die Wichtigkeit einer pünktlichen Beitragsleistung.

Wintergedanken.

II.

Weit wichtiger sind die Schwierigkeiten der Tarifnationalisierung, welche nicht in den im Laufe der Zeit durch Menschenenergie zu ändernden sozialen und organisatorischen Verhältnissen liegen, sondern in der Gewerbeeigenart. Zwar kann auch sie der Menschengeist und -wille zum großen Teil überwinden durch die Technik — eine vollständige Uniformierung, sodaß örtliche und einzelne Abweichungen verschwinden, ist jedoch undenkbar. Nun muß man sich aber auch darüber klar sein und zwar illusionslos klar, was man überhaupt vom Generaltarif fordert. Wenn man eine absolute und abweichungslose Vereinheitlichung aller Einzelheiten des Arbeitsvertrags erhofft, so wird man nie befriedigt sein. Hält man aber einfach und nüchtern, d. h. unter Zurückstellung manchen Lieblingswunsches, fest, was der Hauptzweck des Abkommens und der Nationalisierung desselben sein soll, nämlich die Gleichgestaltung der hauptsächlichsten Anforderungen an den Arbeiter und ihm dafür zu bietenden Gegenleistungen, sowie der daraus resultierenden Konkurrenzregelung, so findet man leicht die Punkte, wo vereinheitlicht werden kann. Auf die übrigen hat man dann einfach zu verzichten resp. man hat es der lokalen Einzelvereinbarung anheimzugeben, wie sie nach den beiderseitigen Wünschen gestaltet werden sollen. Somit wird im Vordergrund dessen, was national geregelt werden soll, der Lohn, die Arbeitszeit, die Ueberarbeit stehen, eventuell auch besondere Anforderungen an die Leistung, Leistungsklauseln, dann Normen bez. die Akkordregelung usw. Dazu kann die Regelung der Arbeitsvermittlung treten, sie muß dann betrachtet werden als eines der Hilfsmittel zur Tarifdurchführung und Konkurrenzregelung, ähnlich wie diesem Zweck Organe der Tarifverwaltung, Schiedsgerichte usw. dienen.

Selbstverständlich muß nun die Normierung der zur Verallgemeinerung geeigneten Tarifpunkte richtig verstanden werden, d. h. die Gleichheit darf keine äußere sein, wie z. B. dann, wenn überall und unter allen Umständen dieselbe Lohnsumme bezahlt würde, sie muß vielmehr eben darauf beruhen, daß unter Berücksichtigung lokaler Verschiedenheiten verschiedene Lohnsätze festgesetzt werden, deren Einheitlichkeit darin besteht, daß sie alle unter Beachtung der verschiedenen Ausgaben für die Lebenshaltung der Arbeiter und die verschiedenen Einnahmen Erleichterungen der Unternehmer, für den Arbeiter dieselbe Entschädigung seiner Leistung und für den Arbeitgeber denselben Aufwand für die menschliche Arbeit bedeuten. Die Einheit besteht also inbezug auf die interlokale Lohnregelung gerade in der Verschiedenheit, aber nicht einer blindzufälligen, sondern einer rationellen.

Aehnlich, wenngleich komplizierter, liegt es bei der Ordnung der Arbeitszeit im Generaltarif. Hier ist es fraglich, ob überhaupt örtliche Abweichungen berücksichtigt werden sollen oder ob das nicht dem Tarifzweck hinderlich werden kann. Im Grunde genommen ist dies ein Problem, das nicht allgemein und nur bei genauen Kenntnissen der Gewerbeeinrichtungen gelöst werden kann. Daß die Großstadt kürzer arbeitet und daß dies im Hinblick auf die weiten von den Arbeitern zurückzulegenden Wege gerechtfertigt wird, ist ja ganz schön, hat aber wenig mit einer möglichsten Gleichgestaltung der Produktionsbedingungen für alle Betriebe zu tun. Wird nicht so der Provinzarbeitgeber seinen Großstadtkollegen überflügeln können? Dies wäre stark zu befürchten, wenn die Kleinstadt dieselbe Produktionsleichtigkeit in jeder Hinsicht hätte, was aber nicht der Fall ist, weder inbezug auf den Rohmaterialbezug noch hinsichtlich der Verkaufsmöglichkeit. Dazu wird wohl gerade in der Holzindustrie noch kommen, daß die Provinzbetriebe mehr handwerklichen Charakters sind als diejenige der größeren Gewerbeorte, sie sind also an sich im Wettbewerb zurückgedrängt und es kann recht erscheinen, wenn man ihnen, die sie hauptsächlich auf Menschenarbeit angewiesen sind, eine längere Arbeitszeit bewilligt.

Im Zusammenhang hiermit taucht uns das sicher interessante Problem auf, ob nicht im Laufe der Zeit der Generaltarif für das Holzgewerbe überhaupt die Abweichungen zwischen Industrie und Handwerk berücksichtigen könnte, z. B. gerade auch bezüglich der Arbeitszeit und deren noch vielgestaltigerer Regelung. Die Handwerker müßten dann allerdings ihren industriellen Kollegen sowie den von ihnen mehr in Anspruch genommenen Gesellen darüber Mittel und Wege besonderer Erkenntlichkeit finden, d. h. der Vertrag müßte mit ihrer Sonderberücksichtigung irgendwie ihre spezielle Verpflichtung zu verbinden wissen. In Fachfragen mischen wir uns nicht, nur möchten wir anregend bemerken, daß hier noch viel am Tarif ausgebaut werden kann, bis er wirklich allen zu beachtenden Verhältnissen Rechnung tragen und so seinen Zweck ganz erfüllen kann.

Die paritätischen Arbeitsnachweise.

Ueber den Wert der paritätischen Regelung der Arbeitsvermittlung wollen wir hier kein Wort mehr verlieren. Es steht wohl jenseits jeden Zweifels, daß sie so lange die einzig zuträgliche ist, als es ein Privatkapital und Lohnarbeit gibt und beide Parteien ihren Einfluß mit Energie behaupten. Staat und Kommune haben sich zwar auch des Arbeitsnachweiswesens angenommen, veranlaßt durch das Unzureichende der einseitigen Vermittlungsanstalten und ergriffen von den schweren Schäden für Industrie resp. Handwerk sowie Arbeiterschaft, welche aus einer völligen Ordnungslosigkeit auf dem Arbeitsmarkte entstanden sind. Dabei hat sich aber fast durchweg herausgestellt, daß diese städtischen Anstalten — denn der Staat ist aus dem Vorstadium des Schaffens, der Anregung, noch nicht herausgekommen — ziemlich erfolglos geblieben, solange sie rein bureaukratisch geleitet waren. Man ging daher seitens der Verwaltungen häufig dazu über, den in Betracht kommenden Parteien einen gewissen Einfluß auf die amtlichen Nachweise einzuräumen, so z. B., indem man paritätische Kuratorien erwählen ließ oder aus den Gewerbegerichtsbeisitzern ernannte. Dies hob die Vermittlung zwar, die Facharbeiter und Arbeitgeber, welche qualifizierte Leistungen verlangten, gaben teilweise ihr Mißtrauen gegen den öffentlichen Nachweis auf, von einer, den ganzen oder nur hauptsächlichen Arbeitsmarkt eines Orts umfassenden städtischen Vermittlungstätigkeit darf aber nicht geträumt werden.

Die bestorganisierten Gewerbe, Gewerbe mit paritätischen Traditionen, vor allem graphische Branchen, nahmen daher die paritätische Arbeitsvermittlung selbständig in Angriff. Sie haben es getan, einmal um der Regellosigkeit auf dem Arbeitsmarkt und damit der Störung der korrekten Stellenbesetzung zu steuern, dann aber auch in der Erkenntnis, daß kaum eine wichtigere Hilfsinstanz für die Tariferhaltung vorhanden ist, als der Arbeitsnachweis. Allerdings setzt dies voraus, daß der von den Tarifparteien eingerichtete Nachweis sich strikte auf den Vertragsboden stellt, also nur tariftreue Arbeiter in vertragsgebundene Betriebe vermittelt.

Ein solcher Nachweis nun schwebt den Parteien in der Holzindustrie vor, wenngleich auch das vorgelegene Regulativ durch die nicht erfolgte beiderseitige Zustimmung verworfen wurde. In die Einzelheiten des Kampfes, der der Ablehnung des Regulativs vorausging, mischen wir uns nicht ein, wir wollen nur einfach das vorgelegene Regulativ als soziale Einzelerscheinung würdigen.

Die wichtige Unentgeltlichkeit ist wie meist bei solchen Instituten natürlich auch hier gewahrt, auch ist wie anderweitig die Kostendeckung eine gemeinsame und paritätische. Dabei ist in Rücksichtnahme auf das Selbständigkeitsbedürfnis festgesetzt, daß jede Partei ihren Vermittler nicht nur besonders wähle, sondern auch aus eigenen Mitteln und nach eigenem Ermessen bezahle. Dadurch ist vermieden, daß sich z. B. der Arbeitsvermittler aus der Arbeiterpartei innerlich von seinen Wählern ablöse in dem Gefühl, nicht von ihnen, sondern von der Gesamtheit besoldet zu werden. Er wird also Interessenvertreter und Gewerkschaftsabhänger bleiben. Das erscheint zweckmäßig, wenn die Organisation objektive und sittlich hochstehende Personen in dies Vertrauensamt setzt, denn es darf nie vergessen werden, daß der Vermittler, auch wenn seine Standesgenossen seinen Lebensunterhalt bestreiten, doch immerhin seinem Amte nach ein Vertrauensmann beider Parteien sein muß. Vergißt ein Uebereifriger dies, so stört er damit unstreitig den Frieden und die Erfolge des Unternehmens.

Daß von den Vermittlern gleichzuvorkommende Behandlung von Arbeitern und Arbeitgebern verlangt wird, versteht sich, ebenso, daß die Vermittlung unparteiisch sein muß. Dazu ist vorgesehen, daß die Vermittlung sich nicht auf Organisierte beschränken soll und daß Unorganisierte, ob Arbeiter oder Unternehmer, ebenso rücksichtsvoll bedient werden müssen, wie Vereinsmitglieder. Daß die Parteien dadurch zugunsten derjenigen, die nicht zu den Kosten der Institute beitragen, Geld und Arbeitskraft opfern, ist sehr human, vielleicht zu human sogar. Wie wäre es da, wenn man von Unorganisierten eine Vermittlungsgebühr verlangte?

In der Forderung, daß beim Fehlen geeigneter Arbeitskräfte der Nachweis solche von anderweitig heranziehen soll, haben wir einen Ansatz zur Zentralisierung der Arbeitsvermittlung zum interlokalen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkte, der so wünschenswert wäre. Der Fall des Versagens ist allerdings vorgesehen. Wir haben eben noch viel zu wenig Ueberblick über den Arbeitsmarkt und zu wenig Fühlung mit anderen Gewerbeorten. Anstatt des Telephons arbeitet das Zeitungsinserat und dies ist eine sehr schleppende Methode. Gelingt es nun innerhalb einer Woche nicht, dem Arbeitgeber geeignete Kräfte durch den Nachweis zuzuführen so darf er sich selbständig darum bemühen.

Wie dies bei einem Nachweis zu erwarten ist, der aus den Reihen der Fachleute hervorgehen soll, ist auch der Branchendifferenzierung Rechnung getragen und auch dem individuellen Zustimmungs- und Ablehnungsrecht. Erst wer sich dreimal grundlos weigert, eine Stelle anzunehmen, rückt an den letzten Platz der Liste der Eingezeichneten. Bei den meisten übrigen Nachweisen geschieht dies schon nach der ersten Weigerung.

Im Regulativ ist auch die Stellungnahme zu eventuellen Konflikten festgelegt, was beachtenswert erscheint, als bekanntlich behördliche Nachweise dasselbe Problem noch nicht gelöst haben. Es ist für sie allerdings auch insofern schwerer, als die Behörden, selbst wenn es sich um Tarifbrüche handelt, heutzutage eben noch nicht den Mut und die Einsicht haben sich klar auf die Seite des Vertrags zu stellen. Ein tariflicher Nachweis darf nicht nur, sondern er muß dies geradezu. Wenn er vermeidet, sich auf die Seite einer Partei zu stellen, so hat er seine Pflicht vollauf getan. Da aber der Tarifvertrag und dessen Erhaltung sowie Fortbildung an sich eine so gemeinnützige Sache ist, wäre doch zu wünschen, daß auch unsere Behörden lernen würden, Parteilichkeit und Vertragsförderung sowie Bestrafung von Tarifbrüchen weise zu unterscheiden. Sozialethische und juristische Umwälzungen werden allerdings dieser Revision der bureaukratisch erstarrten Verwaltungsprinzipien vorausgehen müssen. (Schluß folgt.)

Eine Erwiderung.

In Nr. 47 unseres Organs berichtete ich unter der Ueberschrift „Wladislaus Mrozkowski von der Firma Hirsch-Dunker" über die Wirksamkeit des Herrn Mrozkowski, Agitationsleiters des Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereins der Tischler. Meine Mitteilungen haben Mrozkowski schwer in Harnisch gebracht und schnell setzt er sich hin und haut kreuz und quer in der „Eiche" darein, ohne auch nur mit einem Wort auf die Hauptsache meines Berichtes, auf seine Gründung eines Verbandes zum Schutze der Arbeitgeber in Danzig einzugehen. Ein Tausendkerl dieser Wladislaus. Doch halt, den Vornamen dürfen wir ja nicht mehr nennen; darüber könnte der arme Kerl neue Schreikämpfe bekommen.

Es erübrigte sich eigentlich, auf das Elaborat in Nr. 49 der „Eiche" zu antworten, wenn ich nicht die Gewißheit hätte, daß alsdann Mrozkowski in demagogischer Weise in den Versammlungen sagen würde, ich habe nicht geantwortet, weil seine Ausführungen mich „plattgeschlagen" hätten. Wie man Mrozkowski einschätzt, beweist eine öffentliche Wählerversammlung in Danzig, in der der ergraute Stadtverordnete Schmidt ihn aufforderte, schleunigst den Saal zu verlassen, da er nicht mit ihm dieselbe Luft genießen könne.

Nun das Elaborat des Herrn Wladislaus, pardon Mrozkowski: Er regt sich nicht wenig darüber auf, daß ich, wie er sagt, auf seinen „polnischen Vornamen" hinweise. Dieses zeige, was ich von der „polnischen Bevölkerung" der Provinzen Westpreußen und Posen" halte. Wenn ich den Namen „Wladislaus" nenne, so geschieht es deswegen, weil man in Danzig bei Nennung dieses Namens gleich weiß, wer dahintersteckt. Erstaunt bin ich aber, daß Herr M. heute das polnische seines Namens in den Vordergrund stellt. Will er vielleicht in den nächsten Tagen auf den Mitgliederfang in die Provinz Posen ziehen? Vor einigen Wochen, als Herr M. als Durchfallskandidat bei den Stadtverordnetenwahlen fungierte, sträubte er sich in öffentlicher Versammlung mächtig dagegen, daß sein Name mit dem polnischen in Berührung gebracht würde und bezeichnete er sich als „echt deutschen Mann." Also bald so, bald so. Unsere polnischen Kollegen werden Herrn M. schon auf die Finger klopfen. Nicht wir treiben mit polnischen Namen Schindluder, sondern Herr M. selbst. —

Wenn Herr Mrozkowski mich dann einen Lügenpeter nennt, so läßt mich das vollständig kalt. So ein Mann kann mich nicht beleidigen. Feststellen will ich aber gleich, daß Herr M. im selben Augenblick in der „Eiche“ eine grobe Lüge vom Stapel läßt. Er sagt dort, er habe mich deshalb aus der Versammlung gewiesen, weil ich mich bei einer Czerskier Firma über den Terrorismus eines seiner Gläubigen gegenüber einem unserer Kollegen beschwert habe. Herr Mrozkowski! Warum sagten sie denn in der Versammlung das nicht, sondern sagten dort, sie wollten mich wegen einer Danziger Versammlung vor den Kadi zerren. Entweder lügen sie jetzt in der „Eiche,“ oder sie haben in der Versammlung gelogen! Wenn Herr Mrozkowski den fraglichen Brief, der nebenbei erwähnt, nur Tatsachen enthält, zu veröffentlichen in der Lage ist, so beweist uns das nur treffend, daß Herr M. bei den Arbeitgebern „Hans Dampf in allen Gassen“ ist. Wir sind nicht neidisch auf dieses „vertrauliche Verhältnis“. Wir haben Herrn M. ja schon in der Nr. 47 den Rat gegeben, es in Czersk mal mit den Arbeitgebern zu versuchen. — Herr M. weist dann noch darauf hin, was der H. D. Gewerkverein in Czersk schon alles geschaffen hat. Er vergißt nur zu bemerken, daß unser Verband ehrlich mitgearbeitet hat, den angezogenen Tarif zu schaffen; daß weiter im März (7. März 1905) als den Arbeitern die Lohnzulage nicht gezahlt worden, unsere Kollegen Klein und Klemz bei der Firma vorstellig wurden und erreichten, daß zunächst einer Anzahl von Kollegen die Lohnerhöhung gezahlt sodann die noch Ausgesperrten wieder eingestellt wurden. Der Vorsitzende der H. D. weigerte sich, mit zur Firma zu gehen und die Interessen seiner Kollegen wahrzunehmen. So verhält sich die Sache. Dank der glorreichen Taktik der Führer ging die H. D. Ortsgruppe in Czersk dann auch pleite. Mag Herr Mrozkowski doch in Nr. 12 unsers Organs vom Jahre 1905 etwas besser studieren, dann wird er mehr über die Ursachen des Mitgliederschwundes seines Gewerkvereins in Czersk erfahren. Im übrigen berichtet Mrozkowski von einer H. D. Versammlung in Danzig, in der ich mich wegen Aeußerungen in Bromberg über die H. D. Gewerkvereine habe rechtfertigen wollen, dieses sei mir aber nicht geglückt. Mein lieber Wladislaus, Sie haben sich da mal wieder ordentlich von ihren Freunden etwas vorflunkern lassen; selbst sind Sie nämlich nicht in der Danziger Versammlung gewesen. Hat man ihnen nicht gesagt, daß, als ich den Beweis antreten wollte, mir das Wort entzogen wurde? So flunkern die „braven“ Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereinler sich selbst etwas vor.

Nun frage ich nochmals Herrn W. Mrozkowski, wie er sich zu seiner, in der Nr. 47 geschilderten Tätigkeit im Dienste des Herrn Arbeitgebers Völkner in Danzig stellt? Will er den Vorwurf, der nebenbei bemerkt, in einer Danziger Zeitung auch gegen ihn erhoben ist, er habe eine „Gelbe Gewerkschaft“ gegründet, auf sich sitzen lassen? — Herr Wladislaus Mrozkowski ist bereits unter der denkenden Arbeiterschaft gerichtet.

Hiermit wollen wir vorläufig die Akten über Herrn M. schließen. Möge er sich erst von dem Vorwurf der Tätigkeit im Dienste des Herrn Arbeitgebers Völkner befreien.

P. Schopohl.

Die Frauenarbeit in Krisenzeiten.

Wie die Frauen nach den bisherigen statistischen Feststellungen allgemein weniger unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, als die Männer, so tritt bei den Frauen die Arbeitslosigkeit auch in Krisenzeiten weniger hervor, ja häufig wird sogar die Beobachtung gemacht, daß in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten die Männerarbeit von der Frauenarbeit verdrängt wird. Diese Verdrängung der Männerarbeit durch die Frauenarbeit können wir auch jetzt wieder recht häufig beobachten, sie macht sich so gut wie in allen Geschäftszweigen und Erwerbsarten bemerkbar. Je nach dem Umfang der Krisis und der allgemeinen Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse und je nach der Art der Arbeit macht sich die Verdrängung der Männerarbeit durch die Frauenarbeit in den einzelnen Berufen mehr oder weniger stark geltend. Teilweise ist die Zunahme der Frauenarbeit gegenüber der Männerarbeit nur eine relative, bei Entlassung von Arbeitskräften sind die Frauen weniger beteiligt, sehr oft ist aber die Zunahme auch eine absolute, an Stelle von männlichen Arbeitskräften werden weibliche eingestellt.

Die ungünstige Stellung der Männer gegenüber den Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist bereits seit der Mitte des vergangenen Jahrs zu beobachten, sie ist demnach nicht nur eine Folgerscheinung, sondern auch eine Parallelerscheinung der jetzigen ungünstigen Konjunktur. Die Zurückdrängung der Männerarbeit durch die Frauenarbeit wird sowohl durch die Statistik der Krankenkassen als auch durch die Feststellungen der Arbeitsnachweise und durch andere Bemerkungen nachgewiesen. Vielfach nimmt die Frauenarbeit in ungünstigen Zeiten zu, weil sie billiger ist als Männerarbeit, es sprechen aber auch noch andere Ursachen mit. Eine der Hauptursachen der Zunahme der Frauenarbeit ist die, daß in Krisenzeiten viele Frauen eine Beschäftigung suchen müssen, weil die Ehemänner von längerer Arbeitslosigkeit betroffen werden sind, es sind denn in solchen ungünstigen Zeiten viele Frauen als Arbeiterinnen ohne Zeitung, die sonst keiner Lohnarbeit nachgehen. Neben der Fabrikarbeit der Frauen vermehrt sich auch die Heimarbeit der Frauen in den jetzigen Zeiten sehr stark. Dieser starke Zustrom von Frauen auf den Arbeitsmarkt macht sich aber auch in mannigfaltigen Verschiebungen geltend. An Stelle von Männern treten nicht nur vielfach Frauen, sondern auch bei den Frauen selbst zeigen sich mannigfaltige Veränderungen. Manche Arbeiterinnen die jetzt an Stelle von Männern einrücken, haben damit auch einen höheren Verdienst erhalten, deren bisher Verdienst auch nicht so hoch ist, wie bei der Männerarbeit, bei vielen Frauen aber, namentlich bei solchen Frauen, die nur in der schlechtentlohnten Heimarbeit beschäftigt werden, macht sich infolge des größeren Angebotes von Arbeiterinnen sogar noch eine Senkung des Verdienstes bemerkbar. Für die Heimarbeiterinnen kommt außerdem noch in Betracht, daß die Frauen und Töchter von Beamten und Angestellten im Winter viel häufiger als Heimarbeiterinnen tätig sind, wie in anderen Jahreszeiten. Eine Folge des größeren Zusturms von verheirateten weiblichen Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt ist auch, daß viele weibliche Arbeitskräfte sich wieder Berufen zuwenden, die sie lange Zeit gemieden haben. Darauf ist es zurückzuführen, wenn der Dienstbotenmangel in den letzten Monaten, wie aus verschiedenen Bezirken gemeldet wird, wesentlich zurückgegangen ist. — Daß die erhöhte Beschäftigung der Frauen im gewerblichen Leben, zumal in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges etwas erfreuliches ist, wird wohl niemand behaupten können. Doch ist nun einmal mit dieser Tatsache zu rechnen, und sind die schlimmsten Folgen der Frauenarbeit, am besten durch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu verhüten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der **51. Wochenbeitrag** für die Zeit vom 13. bis 19. Dez. 1908 fällig ist.

Die Zahlstellen **Louisenthal** und **St. Johann** erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von **10 Pfg.**

Das **Münchner Sekretariat** unseres Verbandes befindet sich ab 1. Januar 1909 **München, Fürstenfelderstraße 4.**

Dortselbst ist auch der Arbeitsnachweis, die Kontrolle der arbeitslosen und kranken Mitglieder, sowie die Auszahlung sämtlicher Verbandsunterstützungen.

Die gleiche Adresse gilt auch für das Sekretariat des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands, sowie für die Sekretariate der Hilfs-,-Transport-, Staats- und Gemeinde-Arbeiter, Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, Metallarbeiter, Keram- und Steinarbeiter. Am 1. April kommt auch auch das neu zuerrichtende Sekretariat der Berg- und Salinenarbeiter hinzu.

Der diesswöchentlichen Zeitungssendung liegt das Adressenverzeichnis für reisende Mitglieder bei.

Das Ausstellen von neuen Mitgliedsbüchern an Stelle verlorener, durch Beschädigung oder durch Vollkleben unbrauchbar gewordener, wird in Zukunft nicht mehr von den Ortsverwaltungen, sondern von der Geschäftsstelle in Cöln besorgt. Mithin sind alle Mitgliedsbücher, deren Markenfelder mit Jahresschluß vollgeklebt sind, zu diesem Zeitpunkte einzusammeln und nach Cöln zu senden. Hier werden die neuen Bücher ausgestellt und den Zahlstellen sofort zugeschickt. Ortsverwaltungen, Vertrauensleute und Mitglieder mögen also dafür Sorge tragen, daß am Jahresschlusse die betreffenden Mitgliedsbücher keine rückständigen Beiträge mehr aufweisen, damit die Bücher sofort eingesammelt und gemeinsam nach Cöln geschickt werden können. — Ebenso sind die Bücher der Kollegen, die von anderen Verbänden übertreten einzusenden.

Neue Beitragsmarken. Mit dem 1. Januar 1909 gelangen für die männlichen Mitglieder neue Beitragsmarken zur Verwendung. Von den jetzigen 50 Pfennigs-Beitragsmarken dürfen also über den 31. Dezember hinaus keine mehr verwendet werden. — Da die alten Marken sofort nach Quartalsschluß von der Geschäftsstelle eingezogen werden, sind die Mitglieder gebeten, für eine pünktliche Entrichtung der Beiträge Sorge zu tragen.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Ohne, daß im Organ vor Zuzug gewarnt wird, sollte jeder Kollege, der seine Arbeitsstelle wechselt, bei der zuständigen Ortsverwaltung Erkundigungen über die Firmen einholen, die Arbeiter verlangen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bedingt, daß nicht in jedem einzelnen Falle die Sperrung der Betriebe durch das Organ erfolgen kann; abgesehen davon, daß auch sonst aus taktischen Gründen die Veröffentlichung der Sperre nicht immer zweckmäßig ist. — Wer vor Schaden bei Arbeitswechsel geschützt sein will, ziehe deshalb die Ortsverwaltung zu Rate.

Große Aussperrung in der Mannheimer Metallindustrie in Sicht. Gerade vor Weihnachten, dem Feste des Friedens, da erklärt der Metallindustriellenverband den Arbeitern von Mannheim, Ludwigshafen und Frankenthal den Krieg, angeblich, weil die Arbeiter der Strebelwerke sich erdreistet haben, gegen enorm hohe Lohnreduzierungen zu verhindern und darinnen seit dem 15. Oktober im Streik stehen. Ob es taktisch klug war von den Arbeitern der Strebelwerke, unter den obwaltenden Verhältnissen und in dem gegebenen Moment in den Streik zu treten, soll hier dahingestellt bleiben. Im allgemeinen kann man in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften die Ansicht, die das „N. Mannh. Volksblatt“ von aller Anfang an vertreten hat, indem es schrieb:

„Der Grund zu der tiefeinschneidenden Maßnahme der Arbeitsniederlegung ist darin zu suchen, daß die Firma in dem neu abzuschließenden Tarif Lohnreduktionen von 30—60 Prozent eintreten lassen wollte. Die Firma motiviert ihr Vorgehen mit dem Ablaufen verschiedener Patente und mit der allgemeinen ungünstigen Geschäftskonjunktur. Vom Standpunkt der Arbeiter aus die Angelegenheit betrachtet, könnte man es verstehen, ja man müßte ein Vorgehen wie das jetzt beschlossene, in normalen Zeiten nur billigen, denn die beabsichtigten Lohnherabsetzungen müssen als so horrend bezeichnet werden, daß sie durch die Erklärungen der Firma eine ausreichende Begründung nicht finden. Allein ob der Ausstand im jetzigen Moment zum gewünschten Ziele führt, möchten wir und mit uns jedenfalls noch viele stark bezweifeln. Die noch nicht verwischten Folgen der Bewegung von Brown, Boverie & Co. hätten doch zu denken geben sollen, zumal auch hinter der neuerlichen Bewegung der Industriellenverband steht und zumal jetzt schon vor Beginn des Winters die Arbeitslosigkeit in hiesiger Stadt einen bedauerlichen Umfang anzunehmen beginnt.“

Verhandlungen, um die der sozd. Metallarbeiterverband nachgesucht hat, wurden rundweg abgelehnt. Auch das Bemühen des Fabrikinspektors Herrn Dr. Bittmann, eine Einigung herbeizuführen, scheiterte an der Starrköpfigkeit der Firma. Jetzt nun, wo die Vorräte der bestreikten Firma ziemlich erschöpft sind, macht der Metallindustriellenverband die Angelegenheit zu der seinigen und glaubt die streikenden Arbeiter mürbe zu machen, indem er durch Anschlag in den Fabriken die Drohung ausspricht, falls die Arbeit im gen. Betrieb nicht unter den von der Firma gestellten Bedingungen aufgenommen wird, sämtlichen Arbeitern der Metallindustrie im oben genannten Bezirk, mit Wirkung auf 1. Januar gekündigt wird.

Verwunderlich erscheint diese Maßnahme im Hinblick auf die Vergangenheit des im materialistischen Sinne, nach Tille'schen Rezepten geleiteten Scharfmacherverbandes nicht. Mag derselbe sich durch die unsinnige Kampfesweise des sozd. Metallarbeiterverbandes in den letzten Jahren herausgefordert sehen, rechtfertigen läßt sich ein derartiges Vorgehen durch nichts. Ganz besonders nicht in der gegenwärtigen Zeit, wo die wirtschaftliche Krise mit ihren bedauerlichen Nebenerscheinungen den Staat wie die Kommune zwingt, Notstandsarbeiten ausführen zu lassen, um die Arbeitslosen nicht ganz dem Elend zu überlassen. Auch spricht die Zahl der streikenden Arbeiter — 5 bis 600 — nicht dafür, daß man wegen dessen 20—25 000 auf die Straße setzt. Abgesehen von den Familienmitgliedern der Arbeiter, würden durch dieses Vorgehen des Industriellenverbandes auch der Mittelstand, Kaufleute und Kleingewerbetreibende, nicht minder in Mitleidenschaft gezogen. Daß die Wogen der Erregung in der Einwohnerschaft unter den obwaltenden Umständen ziemlich hoch gehen, ist auch für den Außenstehenden erklärlich. Die Folgen, die diese geplante Aussperrung zeitigen würde, sind heute unübersehbar. Jedoch einmal muß die Anerkennung der Arbeiterorganisation als gleichberechtigter Faktor im Volks- und Wirtschaftsleben auch dem Metallindustriellenverband gegenüber erkämpft werden.

Interessant ist noch, daß im gleichen Moment, in dem der Metallindustriellenverband den Kampf gegen die Arbeiterorganisationen aufnimmt, der „Vaterländische Arbeiterverein“ mittels Flugblättern an die Oeffentlichkeit heraintritt, unter dem Motto: „Ans Vaterland, ans teure schließe Dich an“, und aus den verpfuschten Lohnbewegungen des sozd. Metallarbeiterverbandes Kapital schlagend, sucht derselbe Anklang bei den Arbeitern zu finden. Obwohl im allgemeinen im Mannheimer Industriebezirk kein Feld für gelbe Organisationsgebilde ist, lassen die unsinnige Kampfesweise und die vielen verkrachten Bewegungen der sozd. Verbände den Schluß zu, daß sich auch hier Elemente finden, die unter den Fittichen der Firma mit der Marke „Vaterländischer Arbeiterverein“ Unterschlupf suchen, — teils aus Unkenntnis des Zwecks und Zieles der „Gelben“ teils aus Bosheit über die mißlungenen Bewegungen. Es ist deshalb in Berücksichtigung all des Angeführten Grund genug vorhanden, die Augen offen zu halten und die Pläne der Scharfmacher zu erkennen.

Daß die Taktik der christlichen Gewerkschaften die einzig richtige und erfolgversprechende ist, begreifen jetzt sogar die sozd. Führer, indem sie sowohl in der Presse als auch in den Versammlungen die von uns seit Jahren immer lauter vertretene Ansicht nunmehr zu der ihrigen machen, allerdings erst nachdem den sozd. Verbänden das Wasser bis an den Mund reicht. So dürfen wir also bis jetzt mit dem Resultat der Bewegung zufrieden sein; der Ausgang derselben dürfte jedoch immer noch sehr lehrreich für die Mitglieder unseres Verbandes — die in ziemlich großer Anzahl beteiligt sind — als auch für die gesamte Arbeiterschaft werden. — Nach einer neueren Meldung haben unter Leitung des Oberbürgermeisters Dr. Martin und des Gewerbeinspektors Dr. Bittmann mehrtägige Einigungsverhandlungen stattgefunden. Das Resultat dieser Verhandlungen war ein kleines Zugeständnis der Direktion der Strebel-Werke gegen die bisher den Streikenden diktierten Bedingungen. Bis spätestens zum 17. Dez. soll die Arbeiterschaft ihre Zustimmung hierzu geben, widrigenfalls in der ganzen Mannheimer Metallindustrie die Aussperrung resp. Kündigung erfolgt.

Differenzen bei der Firma Hoings, Bürstenwarenfabrik in Lippstadt. Ein eigenartiges Vorgehen gestattet sich jetzt kurz vor dem Weihnachtsfeste die Firma: „Bürstenwarenfabrik Fritz Hoings“ Lippstadt, ihren Arbeitern gegenüber, indem sie dazu überging die Löhne um 10—15 Prozent zu reduzieren mit der Begründung einer anhaltenden Geschäftsflaue.

Trotz wiederholter Vorstellungen des Arbeiter-Ausschusses sowie der Kartellvorsitzenden der beiden Richtungen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Vor ca. 2 Jahren, in einer Hochkonjunktur, gelang es den Arbeitern dieser Firma eine 10 prozentige Lohnerhöhung zu erreichen. Jedoch scheint dieses jetzt, obgleich das Geschäft in den 2 Jahren eine für die Verhältnisse bedeutende Höhe erreicht hat, Herrn Hoings Anlaß zu geben, mit Lohnabzügen aufzumarten. Daß

Löhne nun etwa zu hoch sind, wird ernstlich niemand behaupten wollen. Zur Orientierung nachstehend die bei der Firma gezahlten Löhne:

für jugendl. Arbeiter, welche teilweise schon 1 Jahr beschäftigt pro Stunde 10 Pfg.
für nicht gelernte Arbeiter . . . pro Stunde 20—32 Pfg.
„ gelernte Bürstenmacher. . . „ „ 30—35 „
„ „ Pecher . . per Tausend Loch 145—170 „
„ „ Drechsler . . . . pro Stunde 30—42 „
„ „ Holzarbeiter anderer Branchen 30 „

In Folge dieser gewiß nicht hohen Löhne sahen die Arbeiter sich veranlaßt, nachdem ihnen der Abzug von 10—15 Prozent angezeigt wurde, hiergegen Front zu machen und war die Folge hiervon, daß die zum Ausschuß gehörenden Mitglieder samt ihren Söhnen (jugendliche Arbeiter) gekündigt wurden mit der Begründung, es herrsche Mangel an Arbeit. Die Arbeiterschaft neigt jedoch zu der Ansicht, daß nur eine kurze Flaue eingetreten ist und das Geschäft nach wie vor flott geht. Außerdem ist ein Lagerbestand in fertigen Waren nicht vorhanden. Es wird unter diesen Umständen keinem organisierten Arbeiter einfallen, bei der Firma Hoings in Arbeit zu treten, zumal die Firma zwei Colonialwarengeschäfte mit Bierhandlung führt und man es gar nicht gern sieht, daß die jugendlichen Arbeiter während des Frühstücks resp. Vesperpause außer im Geschäfte der Firma, für die beschäftigten Arbeiter Bier holen und den Weg über die Straße zum nächsten Bierverleger machen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Cham. In einer sehr gut besuchten Versammlung sprach am Dienstag den 8. Dezember (Feiertag) Kollege Schwarzer-München über die Ursachen der wirtschaftlichen Krisis und ihre Folgen für die Arbeiterschaft. Die aufklärenden Ausführungen haben sicher dazu beigetragen, die Kollegen in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Gewerkschaften zu bestärken. In der Diskussion wurde zunächst die eigenartige Stellung unserer Zahlstelle besprochen. Nahezu 200 Säge- und sonstige Holzarbeiter waren im Bauhandwerkerverband organisiert. Derselbe hat für sie auch einen Vertrag abgeschlossen. Wie aber es nicht anders zu erwarten war, empfand ein Teil der Kollegen das Bedürfnis, sich inzwischen unserem Verband anzuschließen um als Holzarbeiter mit ihren Berufskollegen in besserer Verbindung zu stehen. Gegen dieses gerechte Bestreben der Kollegen wird eine Einwendung seitens der Leitung des Vorstandes des Bauhandwerkerverbandes nicht erhoben. Im Gegenteil, hat derselbe schon längst erklärt, daß die Sägearbeiter zum Holzarbeiterverband sollen. Unserseits wurde auf die Kollegen kein Druck wegen des Uebertrittes ausgeübt, sondern bleibt es ihnen selbst überlassen zu tun was sie für gut halten. 60 Kollegen sind bis jetzt freiwillig zu unserem Verband übergetreten und zweifellos werden noch mehrere folgen. Letzteres entspricht einzelnen Kollegen des Bauhandwerkerverbandes nicht, und sie glauben die Uebertretenden einzuschüchtern, indem sie auf die Ausschaltung vom Vertrag hinweisen. Das ist aber absolut nicht der Fall. Es besteht also für die Kollegen keine Veranlassung sich einschüchtern zu lassen. Das möchten sie sich in Zukunft merken. Auf jeden Fall müssen wir uns in der ganzen Frage kollegial verständigen. Am guten Willen der Holzarbeiter soll es nicht fehlen. Im weiteren Verlauf der Versammlung, kam auch die unsaubere Agitationsweise unserer Gegner zur Sprache. Es muß schon mit einer Sache jämmerlich bestellt sein, wenn man mit solchen alten verrosteten Waffen kämpfen muß. Anläßlich einer roten Holzarbeiterversammlung wurden hier nämlich Flugblätter über den Kölner Streik (!) verteilt. Mit solchem faden Wisch lockt man hier keinen Hund hintern Ofen hervor, geschweige denn, gewinnt man damit einen Holzarbeiter. Ausgerechnet in Cham, operiert man mit solch vermoderten Mitteln, in Cham wo die ganzen Holzarbeiter die Verbesserung ihrer Existenz ausdrücklich und nur dem entschiedenen Auftreten der christl. Organisation verdanken. Das wissen die Chamer Kollegen auch zu würdigen und verzichten deshalb auf den sozialdemokratischen Aufkläricht.

Louisenthal. In unserer letzten Versammlung vom 7. Dez. hielt Kollege Ersing-Frankfurt einen Vortrag über die gegenwärtige Lage im Holzgewerbe. Fast alle Kollegen der Zahlstelle waren erschienen und folgten dem Vortrage mit Spannung. Auch wurde einstimmig beschlossen, vom 1. Januar 1909 ab den 60 Pfg. Wochenbeitrag einzuführen. Dadurch haben die Kollegen gezeigt, daß sie noch Opfergeist besitzen und daß sie eingesehen haben, daß sie zur Zeit eines Kampfes einer starken Kriegskasse bedürfen. Mögen die Scharfmacher, welche ja auch schon an der Arbeit sind, um uns Holzarbeitern des Saarreviers vielleicht schon in nächster Zeit den Kampf aufzunötigen, nur kommen, sie werden uns auf dem Plane finden. — Es verdient noch festgestellt zu werden, daß die „Frankfurter Volksstimme", das rote Blatt für das Saarrevier, sich zu der Lüge aufschwang, die Zahlstelle Louisenthal sei gestorben und dgl. mehr. Tatsache ist jedoch, daß die Zahlstelle heute fester und geschlossener denn je dasteht und wir möchten den „freien" raten, sich doch um ihre Sachen zu kümmern und nicht um Dinge, die sie gar nichts angehen. Wir Kollegen in Louisenthal werden fest zum Verbande stehen und uns durch die Lügenmär der Roten nicht aus dem Konzepte bringen lassen. Wir wollen einig sein auf der Arbeit, einig in unsern Bestrebungen und dann werden wir auch unser Ziel erreichen gewiß und sicher.

Coburg. Eine kleine Gruppe unseres Holzarbeiterverbandes hat sich in den letzten Wochen in unserem Städtchen gebildet, nachdem hier im Monat November Kollege Ersing-Frankfurt über den Zweck und die Ziele der Organisation Vortrag gehalten hatte. In der am 12. Dez. im Reißenweberschen Lokale stattgefundenen ersten Versammlung bestimmte man Kollegen Wienand Sifer als Vertrauensmann, Kollegen Joh. Bergner als Schriftführer und Kollegen Greiling als Kassierer. Im weiteren beschäftigte man sich u. a. hauptsächlich mit der Frage der Agitation. Wenn auch hervorgehoben wurde, daß dies eine schwierige Aufgabe bei den hiesigen Verhältnissen sei, so wurde doch das bestimmte Versprechen von den jetzigen Mitgliedern abgegeben, treu und beharrlich für die gute Sache zu arbeiten, sodaß die Hoffnung besteht, auch in Coburg mit der Zeit eine starke Zahlstelle zu erhalten.

Windisch-Eschenbach. Am 7. Dezember 1908 war unser Bezirkssekretär Kollege Schwarzer-München in unser Versammlung anwesend. Nachdem er uns die Entstehungsursache der jetzigen schlechten Geschäftskonjunktur geschildert hatte, wurde in die Diskussion eingetreten, in der gebeten wurde, es möge einmal ein Bericht über die Entwickelung und Entstehung unserer Zahlstelle im Organ erscheinen. Diesem Wunsche sei hiermit nachgekommen. Unsere Zahlstelle wurde am 22. September 1907 durch Kollegen Baumeister-München gegründet, und traten gleich 25 Kollegen bei. Trotz der verschiedenen Hindernisse, die uns in den Weg gestellt wurden, gedieh unsere Zahlstelle, daß wir am 8. März eine Mitgliederzahl von 110 Kollegen und Kolleginnen zu verzeichnen hatten. Nach kaum 3 Monaten wurden durch Kündigung zwei unserer Vorstandsmitglieder der Zahlstelle entrissen und im März 1908 kehrte uns unser 1. Vorsitzende den Rücken, welches der Zahlstelle nicht von Vorteil war. Im Juni wurde ein Tarif, der F. Beger vorgelegt, welcher infolge des schlechten Geschäftsganges nicht zustande kam; auch dadurch verloren wir manche Kollegen. Durch die Bemühungen des Kollegen Schwarzers haben ein Teil der Kollegen eine 5 bis 10%tige Lohnerhöhung erhalten und zugleich wurde das Versprechen gegeben, sobald der Geschäftsgang ein besserer sei, wäre die Firma bereit einen Vertrag abzuschließen. Leider ist der Geschäftsgang bis jetzt noch kein besserer geworden, sondern müssen wir noch auf eine kürzere Arbeitszeit gefaßt sein. Zur Zeit besteht unsere Zahlstelle aus über 40 Kollegen und werden diese sich auch bemühen, die Abseitsstehenden wieder für unsere Sache zu gewinnen. Daß ist jedoch keine leichte Arbeit, da die Kollegen denken, wenn durch den Verband etwas erreicht wird, bekommen sie es auch mit. Es sind in Windischeschenbach ebenso wie in anderen Orten viele Kollegen, die wohl ernten aber nichts säen wollen.

Modell- und Fabrikschreiner.

Dortmund. Längere Zeit haben die hiesigen Berufskollegen nichts mehr im Verbandsorgan von sich hören lassen. Es könnte daher den Anschein erwecken, als hier inbezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse alles in bester Ordnung sei; dem ist jedoch nicht so. Sind doch gerade unsere Berufskollegen diejenigen, welche am meisten unter der jetzigen, wirtschaftlichen Krise zu leiden haben. Die meisten arbeiten seit längerem nur noch täglich 8 Stunden; dabei stehen die Lohnsätze durchweg niedriger, als die der Bau- und Möbeltischler. Trotzdem finden Lohnreduzierungen statt, ganz abgesehen von den sonstigen schlechten Verhältnissen, wie Behandlung usw. Dieses alles ist aber darauf zurückzuführen, weil ein großer Teil der Kollegen unter keinen Umständen für die Organisation zu haben ist. Trotz aller Versuche, die schon gemacht sind, bilden sie stets den Hemmschuh, um unsern Beruf weiter zu bringen. Hoffentlich werden auch diese Kollegen noch zu der Erkenntnis kommen, daß nur alle für einen und nicht der Einzelne etwas erreichen kann, mag derselbe noch so lange Jahre bei dem Unternehmer beschäftigt sein. Wenn es diesem dann nicht mehr paßt, so fliegt er auf die Straße, wie wir ja die Fälle im Frühjahr und Sommer hier genug zu verzeichnen hatten. An Aufklärung, intensiver Agitationsarbeit soll es unsererseits nicht fehlen. Wenn auch der Erfolg nicht sofort in die Augen fällt, langsam aber sicher wird es doch dem indifferenten Kollegen zum Bewußtsein kommen, daß nur die Organisation etwas erzielen kann. Zu Anfang des neuen Jahres werden wir wieder von Zeit zu Zeit unsere Sektionsversammlungen abhalten, wo wir am besten unsere Lage besprechen können. Zu wünschen ist aber dann auch, daß die Versammlungen gut besucht werden. Wir dürfen nicht bei der jetzigen Zahl, wie in diesem Jahre, stehen bleiben, sondern jeder muß noch einen neuen Kollegen hinzu zu gewinnen suchen. Darum mit frischem Mut und Eifer an die Arbeit im neuen Jahre, gekämpft für die Freiheit und Besserstellung unseres Berufes.

Korkarbeiter.

Delmenhorst. Die Bedeutung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation für die in der Korkindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen näher klar zu legen, war der Zweck einer am Sonntag den 13. Dez. in Delmenhorst stattgefundenen öffentlichen Versammlung. Der Referent Kollege Böhmecke-Hannover wies in seinem Vortrage treffend nach, wie große Bedeutung die Gewerkschaften im wirtschaftlichen Leben haben. Ohne den Zusammenschluß der Arbeiter ist es nicht möglich, den Arbeitsvertrag durch bessere Entlöhnung, geregelte Arbeitszeit usw. günstiger zu gestalten. Nach dieser Richtung ist gerade für die Korkarbeiter und Arbeiterinnen noch vieles verbesserungsbedürftig. Denn nach der Lohnstatistik der in der Holzindustrie Beschäftigten sind die Korkarbeiter mit am schlechtesten gestellt. Während jedoch die Korkindustriellen, also die Unternehmer durch straffe Organisation es verstehen, ihre wirtschaftlichen Interessen durch Preisregulierung, (Erhöhung ihrer Verkaufspreise) entschieden wahrzunehmen, begegnet man auf seiten der Arbeiterschaft einer beispiellosen Interessenlosigkeit. Hier Wandel zu schaffen, sei die Aufgabe aller Kollegen. Mit dem Wunsche, daß auch die Delmenhorster Korkarbeiterschaft bald zur Erkenntnis ihrer Lage und damit zur Standesorganisation gebracht werde, schloß Redner seine lehrreichen Ausführungen. In der Diskussion nahm der Gauleiter des deutschen Holzarbeiter-Verbandes Neumann-Hamburg das Wort; er freue sich, daß auch der christliche Verband mit helfen wolle, die Korkarbeiter zu organisieren und deren Lage zu verbessern. Die Ausführungen des Kollegen Böhmecke könne er nur Wort für Wort unterzeichnen. Auf die prinzipiellen Unterschiede wolle auch er, gleich dem Referenten nicht eingehen, sein Verband werde mit jeder Organisation, die es ehrlich meine mit der Vertretung der Arbeiterinteressen, Schulter an Schulter stehen. Wenn nach dieser Richtung jeder Verband für sich bestrebt ist, unter den Korkarbeitern für Aufklärung zu sorgen, werde dieses für die Beteiligten nur vorteilhaft sein. — Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten schloß der Vorsitzende die eindrucksvolle Versammlung. Wenn dieselbe auch keinen augenblicklichen Erfolg aufwies, sicher ist, daß das Gehörte von den Teilnehmern in die Tat umgesetzt wird, dafür bürgt uns ein guter Stamm Kollegen in der Delmenhorster Zahlstelle. Diese werden jetzt ihre ganze Kraft für die weitere Erstarkung der Zahlstelle einsetzen und unsere Ideen in weitere Kreise der Korkarbeiter tragen.

Bürsten- und Pinselmacher.

Nemberg. Bei einigen hiesigen Arbeitgebern scheint unser Kampf um das Koalitionsrecht bald vergessen zu sein. Schreiber dieser Zeilen möchte da einiges, welches hier vor kurzer Zeit vorgekommen ist, mitteilen: In diesem Spätjahr reisten zwei Kollegen hier durch und sprachen auch bei Herrn K. vor. Dessen Sohn, welcher auf dem Kontor war, fragte den einen der Kollegen, ob er organisiert sei. Als der Kollege dieses bejahte, antwortete Herr M.: „Ich kann Sie nicht unterstützen, wenn Sie organisiert sind." Wenn der Kollege nein erwidert, dann Arbeit bekommen und nach den Löhnen gefragt hätte, er würde sicher nicht gearbeitet haben. Anderufalls hätte sich der Kollege einen Groschen holen können, welcher ihn auch nicht zum reichen Manne gemacht hätte. Uebrigens sollte Herr M. K. bald zur Einsicht kommen, daß an unserer Zahlstelle nichts mehr zu rütteln ist. — Bei einem andern Arbeitgeber ist um 6 Uhr Samstags Schluß. Derselbe stellte seinen Arbeitern sein Wirtschaftslokal zur Verfügung, bis sie gegen sieben Uhr ihr Geld auf dem Kontor abholen konnten. Sekunden braucht in dieser Zeit nichts zu werden, nur die daß „armen Arbeiter" nicht frieren. In demselben Betriebe kam es vor, daß der Arbeitgeber des Montags in die Fabrikräume kam und einen Arbeiter fragte, wo er des Sonntags gewesen sei. Es entspann sich darüber folgendes Gespräch: „Wo warst du gestern (Sonntag)?" „Im Spiel und dann bei Ihrem Bruder, (welcher ebenfalls Wirtschaft hat) und dann beim Nachtessen und dann bei Ihnen." „So, um 11 Uhr nachts kommt man zu mir." Dann folgte noch eine kleine Gardinenpredigt und der Arbeiter hatte seine Ruhe und weiß, wie er sich zu verhalten hat, und daß er besser fährt, wenn er nicht um 11 Uhr nachts, sondern um ein Uhr mittags in die Wirtschaft seines Arbeitgebers einkehrt. — Solche und ähnliche Dinge kommen in Nemberg leider immer noch vor, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Zustände gegen früher bedeutend besser geworden sind. Dank der Genossenschaftsfabrik ist die persönliche Freiheit eines großen Teiles der Kollegen denn doch gewahrt. Die geschilderten Dinge beweisen aber, wie es gehen würde, wenn wir in Nemberg nicht den Verband im Rücken hätten. Das sehen die Kollegen denn auch ein und dürfte die letzte hier abgehaltene Versammlung, in der Kollege Heck-Mannheim einen gehaltvollen Vortrag hielt, zur Vertiefung der Gewerkschaftsidee noch wesentlich beigetragen haben. Die noch abseitsstehenden Bürstenarbeiter für die Organisation zu gewinnen, wird eine der wesentlichsten Aufgaben der Kollegen sein.

Sterbetafel.

Konrad Tüllmann, Tischler, gestorben zu Paderborn.
Ruhe in Frieden.

Gewerkschaftliches.

Aus einer gelben Garnison. Unter diesem Titel hatte das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine „Der Arbeiter" in München im letzten Frühjahr einen Artikel gebracht, der sich im Anschlusse an einen Prozeß des „gelben" Arbeitervereins von Werk Augsburg mit diesen Organisationen in satirischer Form beschäftigte. Insbesondere war den gelben Gewerkschaften darin die Abhängigkeit vom Unternehmer und die dadurch bedingte wirtschaftliche Unselbständigkeit vorgehalten. Durch diesen Artikel fühlte sich der erste Vorsitzende des gelben Arbeitervereins von Werk Augsburg beleidigt und stellte gegen den Redakteur des „Arbeiter", Kollegen Gasteiger Klage an, welche am 4. Dezember vor dem Schöffengerichte in Augsburg in sechsstündiger Verhandlung zum Austrage kam und mit der Verurteilung des beklagten Redakteurs zu 20 Mk. Geldstrafe wegen formaler Beleidigung endete.

Zu Beginn der Verhandlung gab Kollege Gasteiger eine längere Erklärung ab, in der er vor allem den prinzipiellen Gegensatz zwischen der selbständigen, christlichen Arbeiterbewegung und der unselbständigen gelben sogenannten Bewegung präzisierte, welch' letztere von der Gunst der Arbeitgeber abhängig sei: „Wir bekämpfen die Gelben, weil sie sich den wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Aufwärtsbestrebungen der Arbeiterschaft nur hindernd in den Weg stellen". In dieser prinzipiellen Verurteilung der „gelben" Arbeitervereine mit gewerkschaftlichen Nebenzwecken wissen wir uns einig mit sämtlichen Arbeiter- und Angestelltenkoalitionen, mit den politischen Parteien aller Schattierungen einschließlich die Liberalen, soweit deren Anhänger sich nicht dem Großindustrieliberalismus zuzählen und ein persönliches Interesse an gelben Gründungen haben."

Interessant war die Tatsache, daß die geladenen Zeugen aus dem Lager der verschiedensten politischen Parteien, in der sachlichen Beurteilung des inkriminierten Artikels, soweit diese den Inhalt desselben betraf, vollkommen einig gingen. Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Dr. Thoma-Augsburg, ein Angehöriger der liberalen Partei, definierte die gelben Gewerkschaften als eine Bewegung, die sich in freiwilliger Abhängigkeit vom Unternehmer wirtschaftliche Vorteile zu erringen suche und dadurch naturgemäß von vornherein in eine Kampfesstellung gegen die selbständigen Organisationen komme. In gleicher Weise sprach sich Zeuge Wernthaler von der sozialdemokratischen Partei aus, indem er den tatsächlichen Beweis für die Arbeiterfeindlichkeit der Gelben dadurch beleuchten konnte, daß diese, statt einer Verkürzung der Arbeitszeit in der Maschinenfabrik Augsburg, welche allen Arbeitern zugute gekommen wäre, „mehr Wohlfahrtseinrichtungen" für die Gelben forderten. Auch die Zeugen Benefiziat Lindermeyer und Sekretär Karl Eder von den katholischen Arbeitervereinen schlossen sich ganz den Ausführungen der vorerwähnten Zeugen an, indem sie insbesondere die Selbständigkeit der gelben Gewerkvereine bestritten, zumal gerichtlich erwiesen ist, daß Beamte der Maschinenfabrik Augsburg die schriftlichen Arbeiten für den Werkverein übernehmen und der formelle Vorsitzende Chatelet, wie Zeuge Wernthaler bekundete, Dutzende von Schreiben einfach mit seinem Namen zeichnete, ohne von ihrem Inhalte auch nur die geringste Kenntnis zu besitzen. Ueberdies bewiesen einzelne Fragen des Verteidigers des verklagten Redakteurs, Herrn Rechtsanwalt A. Rumpf-München, daß der Vorstand des Arbeitervereins von Werk Augsburg nicht einmal weiß, was in den Statuten des Vereins steht, als dessen Vorsitzender er sich durch den Artikel im Arbeiter beleidigt zu fühlen für notwendig erachtete. Die sarkastische Bemerkung des Verteidigers Rumpf, daß solche Leute doch beim besten Willen nicht als die selbständigen Leiter der gelben Bewegung angesehen werden könnten, sondern die Sache von ganz anderer Seite dirigiert werde, fand keinen Widerspruch von seiten des Klägers und löste verständnisvolle Zustimmung unter den zahlreichen Zuhörern aus.

Leider wurde nach der Vernehmung der genannten vier Zeugen durch Beschluß des Gerichtes und trotz der energischen Verwahrung des Verteidigers des Kollegen Gasteiger die Zeugenliste gekappt und so weiteren vier Zeugen das Wort abgeschnitten. Den „Gelben" und ihrem Verteidiger kam das allerdings sehr gelegen, denn es war ihnen unangenehm zu Mute geworden, als Redakteur Gasteiger den zeugeneidlichen Beweis dafür anzutreten sich erbot, daß Mitglieder des gelben Werkvereins beim bischöflichen Ordinariat in

Augsburg die Verwarnung eines Geistlichen angestrebt haben, weil dieser für die christlichen Gewerkschaften agitiert und die „Gelben" bekämpfe. Nachdem aber Zeuge Lindermeyer auf Anfrage des Herrn Verteidigers Rumpf eine Auskunft über diesen Punkt nicht mit einem glatten Nein beantwortete, sondern sich auf sein Amtsgeheimnis berief, kann man sich schon ohne weitere Zeugen einen Reim auf die gelbe Taktik machen.

Soviel ist gewiß, — und das bewies allein schon das Plaidoyer des Herrn Rechtsanwalts Rumpf — daß die Gelben sich bei diesem Prozeß keine Lorbeeren geholt haben. Wer der moralisch Verurteilte ist, überlassen wir dem Urteil unserer Kollegen.

Soziale Rundschau.

Arbeiter als Schöffen! Aus Hannover schreibt man uns: „Einen erfreulichen Erfolg hat das Kartell der christl. Gewerkschaften von Hannover zu verzeichnen. Nachdem im Frühjahr d. J. in einer Eingabe an die zuständige Behörde der berechtigte Wunsch geäußert wurde, man möge aus den Reihen der „Arbeiterschaft" auch „Schöffen und Geschworene" ernennen, hat die Behörde dieser Eingabe gegenüber insofern Entgegenkommen bewiesen, daß sieben Männer aus Arbeiterkreisen laut amtlicher Zustellung als Hauptschöffen für das Geschäftsjahr 1909 am hiesigen Schöffengericht ernannt sind. Jeder dieser Ernannten hat fünf mal im Jahre als Schöffe zu fungieren. — Dieses ist gewiß ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur „Gleichberechtigung des Arbeiterstandes", welches von seiten der christl. Arbeiterschaft, sowie von allen Freunden derselben freudigst anerkannt wird. Die Tätigkeit unserer Bewegung auf diesem Gebiete ist auch in anderen Städten von Erfolg gekrönt. So versehen schon seit einem Jahre in Cöln eine Anzahl christlicher Gewerkschaftler das Amt eines Schöffen. Auf Antrag des Kartells der christlichen Gewerkschaften zu Cöln, ist die Zahl der Arbeiterschöffen in diesem Jahre noch vergrößert worden. Die Wahrnehmung der Schöffengeschäfte hat jedoch den bitteren Beigeschmack, daß eine Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst nicht gewährt wird. Hoffentlich wird es nicht mehr lange dauern, bis auch hierin ein Wandel eintritt.

Die Invalidenversicherung im Jahre 1907. Dem Reichstage sind zugegangen die Nachweisungen über die 31 Invalidenversicherungsanstalten und 10 zugelassenen Kasseneinrichtungen, die im Jahre 1907 auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes bestanden. Unter letzteren befindet sich auch die am 1. Januar 1907 ins Leben getretene Invaliden-, Witwen- und Waisen-Versicherungskasse der Seeberufsgenossenschaft. Diese 41 Versicherungsträger besaßen am Jahresschluß insgesamt 309 Vorstandsmitglieder, 44 Hülfsarbeiter der Vorstände, 616 Ausschußmitglieder, 395 Kontrollbeamte, 3 Rentenstellen, 124 Schiedsgerichte, 2498 besondere Markenverkaufsstellen und etwa 7400 mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen. An Wochenbeiträgen wurden bei den 31 Invalidenversicherungsanstalten rund 656 Millionen Stück verwendet, die einen Erlös von 163457590 Mk. ergaben. Bei den Kasseneinrichtungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 15185586 Mk. Bei der Abrechnung für das Jahr 1907 wurden 134490 Renten als im Jahre 1907 zugegangenen behandelt, nämlich 112184 Invalidenrenten, 11537 Krankenrenten und 10769 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 166,94 Mk., 166,24 Mk. und 161,64 Mk. Beitragserstattungen wurden im Jahre 1907 festgesetzt bei 152478 Heiratsfällen, 616 Unfällen und 35463 Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche Betrag auf 38,44 M., 82,76 Mk. und 85,44 Mk. stellte. Für das Heilverfahren wurden 15186285 Mk. aufgewendet. Die gesamten Ausgaben für Invalidenhauspflege beliefen sich auf 653937 Mk. An Verwaltungskosten überhaupt wurden 16900600 Mk. ausgegeben. Insgesamt haben sich im Jahre 1907 die Einnahmen auf 226171349 Mk., die Ausgaben auf 140629331 Mk. beziffert, so daß sich ein Vermögenszuwachs von 85542018 Mk. ergibt. Am Schlusse des Jahres 1907 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsgesetzliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kasseneinrichtungen auf 1401067649 Mk., wozu noch der Buchwert der Inventarien mit 5746087 Mk. tritt. Von 1000 Mk. Vermögen waren 15 Mk. im Kassenbestande vorhanden, während 936 Mk. in Wertpapieren und Darlehen und 49 Mk. in Grundstücken angelegt waren. Die durchschnittliche Verzinsung des in Wertpapieren und Darlehen angelegten Teiles betrug 3,55 v. H. des Ankaufspreises.

Soziale Rechtsprechung.

Das Reichsvereinsgesetz in der Praxis. Das Kartell der christlichen Gewerkschaften zu Cöln hielt in der Zeit vom 11. bis 15. Oktober d. J. hier und in einigen Vororten eine Reihe öffentlicher Versammlungen ab, in denen Reichstagsabgeordneter Arbeitersekretär Becker über das Thema: Die Arbeiterschaft im Kampfe um bessere Lebensbedingungen, sprach. Die Bekanntmachung der Versammlungen geschah außer durch Laufzettel durch ein Inserat im Cölner Lokal-Anzeiger am 8. Oktober und durch Plakate. Der Lokal-Anzeiger ist seinerzeit von der Polizeibehörde als Organ bestimmt worden, in dem Versammlungen bekannt gegeben werden können, so daß es einer polizeilichen Anmeldung derselben nicht bedarf. Trotzdem ist nunmehr gegen den Einberufer der Versammlungen auf Ersuchen der Polizeibehörde Strafbefehl erlassen worden, der sich auf §§ 6 und 18,2 des Vereinsgesetzes stützt und auf die ministeriellen Ausführungsbestimmungen. Nach letzeren müssen öffentliche politische Versammlungen schon in der Bekanntmachung als „öffentliche politische" Versammlungen gekennzeichnet sein. Das war allerdings unterblieben, da es nach Ansicht und Absicht des Einberufers sich nicht um „politische" Versammlungen handelte, sondern um Gewerkschaftsversammlungen. Die Polizei ist wohl zuerst selbst dieser Ansicht gewesen, denn in keiner dieser Versammlungen ist ein Beauftragter der Polizei erschienen, wie das früher üblich war. Die Meinung, daß es sich um öffentliche „politische" Versammlungen handelte, scheint der Polizei erst auf Grund eines knappen Versammlungsberichtes gekommen zu sein, der zwei Tage nach der letzten Versammlung im Cölner Lokal-Anzeiger erschien. In diesem Bericht war der Gedankengang des Redners kurz zusammengefaßt und mitgeteilt worden, derselbe habe betont, daß neben die Selbsthülfe auch die Staatshülfe treten, und daß die Arbeiterschaft durch ihre Organisationen sich auch die gesetzlichen Errungenschaften zunutze machen müsse. Die gleichen Gedankengänge sind schon in Tausenden von Gewerkschaftsversammlungen entwickelt und ausgesprochen worden, ohne daß deshalb diese Versammlungen „politischen" gestempelt worden wären, und in Fällen, wo es etwa geschehen ist, wurde im Gerichtsverfahren festgestellt, daß das zu Unrecht geschehen war. Und unter der Aera des „neuen Reichsvereinsgesetzes", das angeblich so erhebliche Verbesserungen aufweist, sollte man erst recht erwarten, daß solch kleinliche Schikanen außer Praxis gesetzt wären. Da war ja der frühere Zustand besser, wo man einfach die Versammlungen 24 Stunden vorher anzumelden hatte und damit jeder weiteren Verpflichtung überhoben war. Hätten wir in diesem Falle ebenso gehandelt, so wäre ein Strafbefehl wohl nicht erfolgt. Gegen denselben ist sofort Einspruch erhoben worden, um die Angelegenheit zur gerichtlichen Entscheidung bringen zu können.

Aus dem gewerblichen Leben.

Die deutsche Spielwarenindustrie. Die Erzeugnisse der Spielwarenindustrie treten uns jetzt in der Weihnachtszeit überall vor Augen. Während sonst nur die Kleinen in die Schaufenster der Spielwarenhandlungen blicken, stehen jetzt auch die Erwachsenen in dichten Reihen davor, um für die Buben und Mädchen aus der eigenen Familie oder aus dem nächsten Verwandtenkreis Weihnachtsgeschenke auszusuchen. Die Auswahl ist nicht leicht, denn in keiner Industrie dürfte wohl eine größere Mannigfaltigkeit anzutreffen sein als in der Spielwarenindustrie, immer wieder glaubt man etwas gefunden zu haben, was das vorher Gesehene übertrifft. In bunter Reihe, schimmernd in allen Farben, leuchtend und strahlend wie pures Geld und Silber, vom einfachsten Holzpferdchen bis zur komplizierten Maschine, daneben Flinten, Säbel, Festungen, Kriegsschiffe, Puppenstuben, Kaufmannsläden, Uniformen, Kinderwagen, Schaukelpferde und tausenderlei andere Dinge sind zum Verkauf ausgestellt. Und das alles wird fast ausnahmslos in Deutschland selbst hergestellt, denn nur für wenige hunderttausend Mark werden jährlich Spielwaren bei uns eingeführt. Dagegen versenden die deutschen Spielwarenfabrikanten ihre Waren nach allen Gegenden der Welt. Im Jahre 1907 wurden mehr als 900000 Zentner Spielwaren im Werte von mehr als 80 Millionen Mark ausgeführt. Die besten Abnehmer waren von jeher die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien, im letzten Jahre sind Spielwaren ausgeführt worden für 31,6 Millionen nach den Vereinigten Staaten und für 19,4 Millionen nach Großbritannien. Sonst dehnt sich die deutsche Spielwarenausfuhr bis auf die entferntesten Inseln aus. Die Kinder der Gelben, der Roten, der Schwarzen und der Mischrassen spielen eben so gern mit Puppen, Pferden, Hunden, Elefanten, Wagen, Eisenbahnen und Schiffen als unsere eigenen Kinder in Deutschland.

Die Hauptzentren der deutschen Spielwarenherstellung sind im Erzgebirge; im Thüringer Wald, in Stuttgart, Berlin, Nürnberg und Fürth. Die billigsten Sachen werden im Erzgebirge angefertigt. Hier sind große Spielwarendörfer entstanden, in denen so gut wie die ganze Bewohnerschaft bei der Spielwarenherstellung beschäftigt ist. Von früh bis spät sind hier die Einwohner in den engen, niedrigen Stuben bei ihrer Arbeit, alte Frauen, greise Männer, Väter und Mütter, junge Leute und Kinder in allen Lebensstufen bis zum kleinsten Bürschchen herab, das noch nicht zur Schule geht, alles ist mit Hammer und Zange, mit Messer und Scheere, mit Leim- und Farbenpinsel in eifriger Tätigkeit, um alle die Tausende billiger Holzsachen anzufertigen, die unter den Weihnachtsbaum der ärmeren Bevölkerung kommen. In Thüringen ist die Stadt Sonneberg mit ihrer Umgebung das Hauptgebiet der Spielwarenherstellung. Die Geschichte der Thüringer Spielwarenindustrie ist von hohem Interesse. Im Gewerbemuseum von Meiningen sind gegen 1000 Arten von Spielwarenartikeln ausgestellt, die in früheren Zeiten angefertigt wurden, jetzt aber als veraltet gelten und von niemand mehr verlangt werden. Die ganze Industrie, im Thüringer Wald sowohl, als auch im Erzgebirge, ist so gut wie ausschließlich selbständige Hausindustrie. Die Hausindustriellen stehen zu den größeren Unternehmern nicht in einem Verhältnis, wie etwa das ist, das zwischen einem hausindustriellen Schneider und seinem Arbeitgeber besteht, sondern die Spielwarenheimarbeiter haben für ihre Geschäfte in allem das vollständige Risiko zu tragen und sie kaufen auch das Rohmaterial selbst ein. Kinder, die bei fremden Leuten arbeiten, sind nur ganz wenige anzutreffen; denn die meisten werden in der eigenen Familie zur Arbeit angehalten. Die Arbeit der Kinder ist zwar leicht und mühelos und die Farben, mit denen die Spielwaren bestrichen werden, dürfen gesundheitsschädliche Bestandteile nicht enthalten, trotzdem aber wirkt die Beschäftigung in der engen Häuslichkeit auf das geistige und körperliche Wohlbefinden der Kinder sehr schädlich ein.

In Sonneberg werden in der Hauptsache mittlere Qualitäten hergestellt, Nürnberg und Fürth liefern Spielsachen aus Metall, wie Zinnsoldaten und Eisenbahnen. Auch in dieser Spezialbranche herrscht eine große Mannigfaltigkeit in Bezug auf Größe, Ausstellung und Preis der Waren. Besonders was die Fabrikation an Zinnsoldaten anbetrifft, so müssen die Fabrikanten immer aktuell bleiben, denn die Herren Buben wollen jetzt nicht mehr mit jeder beliebigen Gattung Soldaten spielen, sondern sie verlangen Russen, Japaner, Türken, Bulgaren oder was gerade durch besondere Ereignisse in den Vordergrund getreten ist. Auch die ärmste Mutter kauft zum Weihnachtsfest einige Spielsachen für ihre Kinder und überall erregen die Geschenke unterm Weihnachtsbaum Freude und hellen Jubel.

Literarisches.

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1909. Durch die außergewöhnlich starke Nachfrage ist die erste Auflage des Jahrbuches 1909 bereits vergriffen. Um allen Anforderungen gerecht zu werden hat der Gewerkschaftsverlag sich entschlossen, eine zweite Auflage herstellen zu lassen, die soeben fertiggestellt wurde. Ueber den wichtigen Inhalt und die Ausgestaltung des Jahrbuches haben wir bereits früher berichtet und können wir die Anschaffung nur jedem Kollegen empfehlen. Bestellungen sammle man in den Ortsgruppen, damit sich der Bezug verbilligt und sende dieselben zur Erledigung den Zentralstellen oder direkt an die Buchhandlung des Gesamtverbandes, Cöln, Palmstraße 14. — Für Mitglieder kostet das Jahrbuch 50 Pfg. Porto 10 Pfg.

Gleichzeitig sei auch das **Jahrbuch 1908** Preis 75 Pfg. empfohlen.

Sodann erschien soeben: **Bericht über die Verhandlungen der ersten internationalen Konferenz christl. Gewerkschaften in Zürich.** Preis 25 Pfg. mit Porto 30 Pfg.

Die Konferenz in Zürich hat allenthalben ziemlich Staub aufgewirbelt, so daß ein genauer Bericht allen Mitgliedern willkommen sein wird. In keiner Gewerkschaftsbibliothek sollte das Züricher Protokoll sowie auch die übrigen Kongreßprotokolle fehlen, auch ist den Mitgliedern die Anschaffung dringend zu empfehlen. Um Porto zu ersparen empfiehlt es sich, gemeinsam durch die Zahlstellenvorstände zu beziehen.

Adressenveränderungen.

Solingen. V.R. Emil Buschmann, Roonstraße 6.

Detmold.
Grösste
Tischler-Fachschule
Programm frei. *Dir. Reineking.*
Zum Selbstunterricht empfehle:
Die Formenlehre f. Tischler à Mk. 1.35.
Die Stillehre I.T., f. Tischler à Mk. 1.35.
Zu beziehen von
Direktor Reineking, Detmold.

Bürstenmacher
sucht sofort dauernde Stellung auf Einziehen. Angebote unter [illegible] Bamberg [illegible] 35 [illegible] erbeten.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor G. Streich
Werkmeister, Techniker, Zeichner, gesetzliche Meisterprüfung.
Anerkannt vorzügliche, einzig dastehende Lehrmethode. — Programm frei durch:
Die Direktion, Bayerschestrasse Nr. 115.

Deutsches Technikum
Lehr-Institut für Technischen Fern- und Korrespondenz-Unterricht
Berlin XIII, Schönebergerstrasse 8
Leiter: [illegible] Regierungs-Baumeister a. D. R. Barkow.
Gediegene theoret. Ausbildung für Bau- u. Möbelschreiner durch schriftlichen Unterricht, nach erfolgreicher Methode u. ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. [illegible] Honorar mässig. Bequeme Zahlungsbedingungen! [illegible] Lehrmittel werden mitgeliefert. Teilnahme am Unterricht zu jed. Zeit möglich.
Ausführliches Programm gratis.

Wer liefert einen Waggon
Grüne einjährige Weiden
1 m bis 2,50 m lang?
Angebote werden an die Zahlstelle Trailsdorf (Post Eggolsheim, Bayern) des Zentralverbandes [illegible] erbeten.

Das Jahrbuch
der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1909 gehört in die Hand eines jeden Kollegen. 1300 Exemplare wurden bereits an die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands abgesetzt.

Genossenschaftl. Bürstenfabrik
Ramberg (Pfalz).
Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für
alle Sorten Bürstenwaren
für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen nach eingesandten Mustern prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.

Eingelegte Fourniere
für Nähtische, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschreiben.
Eustach. Biller, Marqueteur,
Heidelberg, Theaterstrasse 7.

[illegible] — Druck von [illegible]